



Haushalts- und Finanzausschuss

15. Sitzung (nichtöffentlich)

9. März 2006

Köln - Rathaus

11:20 Uhr bis 13:20 Uhr;

14:00 Uhr bis 16:35 Uhr;

17:10 Uhr bis 18:50 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD) (Vorsitzende)
Bernd Krückel (CDU) (stellvertretender Vorsitzender)

Protokollerstellung: Michael Roeßgen, Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkt:

Seite

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

Der Ausschuss führt die Beratung folgender Einzelpläne durch:

Einzelplan 03:	Innenministerium	1
Einzelplan 06:	Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	7
Einzelplan 14:	Ministerium für Bauen und Verkehr	13
Einzelplan 11:	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	18
Begrüßungsworte des Kämmerers der Stadt Köln, Peter Michael Soenius		21

	Seite
Fortsetzung der Beratung des Einzelplans 11	22
Einzelplan 04: Justizministerium	26
Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung	33
Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	39
Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	45
Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration	49
Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei	53
Einzelplan 12: Finanzministerium	
- Einführung von StS Angelika Marienfeld (FM)	60
- Beratung	63

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

Vorsitzende Anke Brunn schickt voraus, abweichend vom Verfahren der vergangenen Jahre würden heute alle Einzelpläne behandelt. Die Reihenfolge sei dem Ablaufplan zur Tagesordnung zu entnehmen. Des Weiteren weise sie darauf hin, dass die heute nicht beantworteten Fragen in den noch stattfindenden Berichterstattergesprächen zur Sprache kommen könnten; schriftliche Beantwortungen sollten spätestens bis zum 30. März erfolgen, um noch Eingang in die Beratungen zu finden.

Einzelplan 03: Innenministerium

Erläuterungsband Vorlage 14/261

Kapitel 03 010: Ministerium

Titel 531 10: Öffentlichkeitsarbeit

Titel 531 30: Fußballweltmeisterschaft

Rüdiger Sagel (GRÜNE) spricht das Thema Fußball-WM an, wofür im Haushalt 2006 5,38 Millionen € vorgesehen seien. Im Kapitel 03 010 finde sich ein Ansatz von 580.000 € für besondere Öffentlichkeitsarbeitsprojekte. Er würde er gern erläutert bekommen, was sich dahinter verberge.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) meint, einig sei man sich über die Bedeutung der Fußballweltmeisterschaft als herausragendes Ereignis. Durch die Umressortierung sei im Einzelplan 03 auch das Sportkapitel hinzugekommen. Es gebe verschiedene Quellen, die für die Fußballweltmeisterschaft von Bedeutung seien, das seien der Feuer- und Katastrophenschutz, die Polizei und der Sport.

Diese drei Bereiche hätten berechnete Interessen in Bezug auf die Fußballweltmeisterschaft. Hinter dem Thema Öffentlichkeitsarbeit verberge sich eine ganze Reihe von Veranstaltungen, Flyern, Informationen und Präsentationen.

Im Bereich der Polizei dienten die Ansätze der Sicherheit. Eine genaue Aufstellung könnte man schriftlich nachreichen.

Darum bittet **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**. Im Übrigen es wäre sehr hilfreich, wenn man die Antworten, bei denen noch schriftlicher Nachbesserungsbedarf gesehen werde, bis zum

Berichterstattergespräch bekomme, um gegebenenfalls dort noch Unklarheiten beseitigen zu können.

Hans-Willi Körfges (SPD) möchte wissen, in welchem Verhältnis die für die besonderen Öffentlichkeitsarbeitsprojekte angesetzten 580.000 € im Titel 531 30 zu dem Titel 531 10 für die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit stünden. – **MR Ursula Brohl-Sowa (IM)** antwortet, in Kapitel 03 010 befinde sich der Ansatz der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit halbiert, und man habe aus Anlass der Fußballweltmeisterschaft nur für 2006 den Betrag von 580.000 € aufgenommen.

Titel 547 40: Ausgaben für den Landespräventionsrat sowie seiner Geschäftsstelle

Hans-Willi Körfges (SPD) möchte wissen, ob der Strichansatz bedeute, dass die Abschaffung des Landespräventionsrates vorgesehen sei. – Nach Auskunft von **MR Ursula Brohl-Sowa (IM)** erwägt die Landesregierung den Landespräventionsrat in eine anstehende Ergänzungsvorlage aufzunehmen.

Auf Nachfrage von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, ob dort der gleiche Ansatz wie 2005 angedacht sei, antwortet **MR Ursula Brohl-Sowa (IM)**, dass eine Kürzung von 200.000 € auf 160.000 € vorgesehen sei.

Kapitel 03 030: Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Titel 536 00: Rückführung
Titel 684 10: Förderung der Flüchtlingsarbeit
Titel 684 20: Soziale Beratung von Flüchtlingen

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet um eine Begründung, warum die Förderung der Flüchtlingsarbeit in Titel 684 10 auf null gesetzt worden und warum die soziale Beratung von Flüchtlingen in Titel 684 20 um 418.000 € auf 1,8 Millionen € gekürzt worden sei, und um Erläuterung, was sich konzeptionell dahinter verberge.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) merkt an, Vertreter der für den Asylbereich zuständigen Abteilung I befänden sich derzeit im Innenausschuss, der zeitgleich tage. Die Auf-nullsetzung sei eine fachliche Entscheidung, die auf Wunsch im Einzelnen durch die Abteilung I nachträglich begründet werden könnte. Sie könne dazu lediglich mitteilen, dass der auf null gesetzte letztjährige Ansatz von 180.000 € nicht komplett entfallen sei; denn 30.000 € davon seien für die Diakonie zur Abschiebebeobachtung in den erhöhten Titel 536 00 eingeflossen.

Der Titel 684 20 sei um 5 % gekürzt worden wie alle freiwilligen Leistungen der Landesregierung ansonsten auch.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet darum, diese Frage schriftlich beziehungsweise im Berichterstattergespräch im Detail zu beantworten, da ihm die Antwort nicht ausreiche.

Kapitel 03 350: Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

Titel 422 01: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet eine Begründung für die Stellenaufstockung bei der Fachhochschule. – **MR Ursula Brohl-Sowa (IM)** will für das Berichterstattergespräch bzw. für den Unterausschuss Personal eine entsprechende Antwort vorbereiten.

Kapitel 03 110: Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Titel 112 01: Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten

Hans-Willi Körfges (SPD) ist in diesem Titel die massive Erhöhung um 900.000 € aufgefallen. – **MR Ursula Brohl-Sowa (IM)** will diesbezüglich nachfragen.

Titel 422 01: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet um Erläuterung, warum 346 Planstellen gegenüber dem Haushaltsplan 2005 weniger ausgewiesen seien und wie dieses Personaltabelleau zur angekündigten Stärkung der inneren Sicherheit passe. Aufgrund der Wiedereinführung der Reiterstaffeln gebe es schon 50 Beamte weniger im sogenannten Tagesgeschäft.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) antwortet, der Verminderung der Stellen bei der Polizei liege ein Saldo aus verschiedenen Faktoren zugrunde. Einmal betreffe das die kw-Realisierung infolge der Arbeitszeitverlängerung und von Organisationsuntersuchungen. Zudem werde das Programm, Polizeivollzugsbeamte aus Verwaltungstätigkeiten für den Einsatz auf der Straße herauszulösen, fortgeführt.

Titel 518 04: Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Hans-Willi Körfges (SPD) ist darüber hinaus aufgefallen, dass im Bereich Mieten und Pachten erhebliche Steigerungen im Gegensatz zu anderen Haushaltsbereichen vorgesehen seien. Er bitte um entsprechende Erklärungen.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) erläutert, die Steigerung bei Mieten und Pachten vor allem im Polizeibereich lasse sich zum einen auf Indexierungen in den Mietverträgen, die nun angepasst werden müssen, und zum anderen auf die exorbitant gestiegenen Bewirtschaftungskosten zurückführen. Darüber hinaus habe der Polizeibereich verglichen mit allen Einzelplänen die meisten Liegenschaften.

Hans-Willi Körfges (SPD) wirft ein, zum Einzelplan 04 sei der Unterschied aber erheblich, und das obwohl es beim Bestand kaum eine Veränderung gebe. Insofern sei die Argumentation nicht schlüssig.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) entgegnet, beim Einzelplan 03 unterlägen die Mieten einer Indexierung, die auch fortgeschrieben worden seien. Das müsste beim Einzelplan 04 ebenso der Fall sein.

Bei den Bewirtschaftungskosten seien die Ist-Ausgaben bereits so hoch gewesen, dass man in 2006 eine Steigerung der Bewirtschaftungskosten habe vornehmen müssen.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) ergänzt, in der Tat sei die Indexierung bei allen Mieten gleich, aber der Unterschied liege darin, dass im Bereich des Justizministeriums Bauten nicht fertig geworden seien. Sobald die Bauten bezugsfertig seien, würden die Mieten an den BLB gezahlt. Wenn die Neubaumaßnahmen erst später an den Markt kämen, würden die Mieten auch erst später gezahlt. Die entsprechenden Beträge würden dann im folgenden Jahr korrigiert.

Thomas Eiskirch (SPD) meint, da ein Großteil der Kostensteigerungen bei den Mieten und Pachten mit der Indexierung begründet worden seien, wäre es sehr hilfreich, wenn zur besseren Nachvollziehbarkeit dargestellt werden könnte, wie sich der Index von der Aufstellung des letzten Haushaltes bis zur Aufstellung dieses Haushaltes verändert habe. Das müsste ja eine Größenordnung sein, die zumindest einen Großteil der Gesamtsteigerung ausmache.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) verweist zunächst darauf, dass im Einzelplan 03 zahlenmäßig der weitaus größte Liegenschaftsbereich sei. Nach der Vorgabe beziehungsweise der Berechnungsmethode habe der Index 1 % betragen.

Gisela Walsken (SPD) will gern die 1%-Indexierung am Ansatz nachvollziehen. Es gebe hier einen Ansatz von rund 1,56 Millionen €. Wenn man zu dem alten Ansatz die 1 % hinzurechne, ergebe sich eine Differenz von einer knappen halben Million.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) erklärt die Differenz mit dem Erweiterungsbau der Kreispolizeibehörde Minden. Das seien etwa 0,4 Millionen €, die aufgrund der Erweiterung hinzukämen.

<u>Titel 518 02:</u>	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge
<u>Titel 525 01:</u>	Lehr- und Lernmittel
<u>Titel 812 00:</u>	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen

Hans-Willi Körfges (SPD) bittet bezüglich der **Wiedereinführung der Reiterstaffeln** um Nennung der Gesamtaufwendungen, und zwar investiv und auch als dauerhafte Ausgaben.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) verweist zunächst auf die Antwort der Landesregierung vom 15.02.2006 hinsichtlich der Reiterstaffeln – Drucksache 14/1294 –, in der der Aufwand für die Wiedereinführung der Reiterstaffeln dargestellt werde. Zusätzliches Personal sei nicht eingestellt worden, die Pferde würden geleast, wofür ein jährlicher Leasingaufwand in Titel 518 02 anfalle.

Die Transportfahrzeuge hätten aufgrund von Umschichten im Einzelplan 05 beschafft werden können. Sonstige Ausgaben, etwa für Dienstkleidung der Polizeivollzugsbeamten, seien marginal.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) meint, wenn man die Wiedereinführung der Reiterstaffeln genau betrachte, betreffe das nicht nur die im Haushalt aufgeführten Kosten in den oben genannten Titelgruppen, sondern darüber hinaus übernähmen jeweils 25 Beamtinnen und Beamte in Dortmund und Düsseldorf die Versorgung der Pferde. Allein diese Personalkosten beliefen sich bei einer angenommenen Besoldungsgruppe A 9 ungefähr auf 1,75 Millionen €. Hinzu kämen die Leasinggebühren für die Pferde in Höhe von 33.500 €, die Unterbringung der Pferde mit monatlich 27.120 €, das seien jährlich allein schon 325.440 €. Alles zusammen genommen belasteten die Reiterstaffeln den Haushalt mit über 2 Millionen € pro Jahr. Zudem seien diese 50 Beamtinnen und Beamte faktisch nur noch mit den Pferden beschäftigt und fehlten für den tatsächlichen Dienst auf der Straße. Angesichts dessen sei zu fragen, wie das denn aufgefangen werde. Jede andere Darstellung sei Rosstäuscherei.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) hält dem entgegen, dass die Landesregierung entschieden habe, die Reiterstaffeln seien aus einsatztaktischen Gründen notwendig und brächten auch einen einsatztaktischen Mehrgewinn. Richtig sei, dass die Leasingraten für die Pferde etatisiert seien. Durch Umschichtung würden die Stallungen und die Verpflegung der Pferde finanziert, die Transporter seien beschafft. Die laufenden Kosten seien die Personalausgaben.

Titelgruppe 61: Digitalfunk

Gisela Walsken (SPD) merkt zum Stichwort Digitalfunk an, das Thema habe man in der letzten Landesregierung lang und intensiv diskutiert und sich damals – für Haushälter schmerzlich – auf einen Ansatz von 275 Millionen € verständigt, auch in der Diskussion mit den Kollegen der anderen Fraktionen. Sie wolle wissen, ob der nun angedachte

Rückgang von 27 Millionen € mit einem Konzept begründet werde oder ob es auf der Zeitschiene Veränderungen gebe.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) antwortet, beim Digitalfunk habe sich die Sachlage gegenüber der ursprünglichen Kostenkalkulation insofern verändert, als der Bund angeboten habe, ein Rumpfnetz entlang der Bahntrassen aufzubauen. Daher werde der Digitalfunk nach Einschätzung des Ministeriums ein wenig preiswerter, sodass man insgesamt nur noch 248 Millionen € benötige. Der Zuschlag für die Errichtung des Rumpfnetzes werde zum 30.06. dieses Jahres erwartet. Die Angebote befänden sich in der Wertungsphase, und man sei sehr zuversichtlich, diesen Betrag halten zu können.

Kapitel 03 710: Feuerschutz und Hilfeleistung

Titel 686 13: Förderung des Deutschen Feuerwehrverbandes

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet um Begründung, warum der Feuerwehrverband, der bisher 25.200 € erhalten habe, nicht mehr unterstützt werde. – **MR Ursula Brohl-Sowa (IM)** antwortet, der Strichansatz beruhe auf eine Entscheidung der Fachabteilung; die Begründung könne gern nachgereicht werden.

Kapitel 03 750: Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen Münster

Titel 429 00: Vergütung, Löhne, Angestellte und Arbeiter

Hans-Willi Körfges (SPD) findet in den Erläuterungen dazu nicht, wie das von kw-Vermerken betroffene Personal aufgrund der Schließung der amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und Geräte zum 31.12.2005 eingesetzt werde. – **MR Ursula Brohl-Sowa (IM)** sagt zu, diese Frage nachträglich zu beantworten.

Fortbildung für Frauen bei der Polizei

Rüdiger Sagel (GRÜNE) geht auf die Fortbildung für Frauen bei der Polizei und die Seminargleichstellungsbeauftragte ein. Dafür seien bisher 15.000 € bereitgestellt worden. Die Haushaltsstelle dafür habe er nicht finden können.

MR Ursula Brohl-Sowa (IM) verweist diesbezüglich auf die Anlage zum Einzelplan 15. Dort seien die ausschließlich frauenspezifischen Fortbildungen aufgeführt, auch die drei, die den Einzelplan 03 betreffen.

(Stellv. Vorsitzender Bernd Krüchel übernimmt den Vorsitz.)

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Erläuterungsbände Vorlagen 14/301 und 14/302

Kapitel 06 010: Ministerium

Anke Brunn (SPD) kritisiert, dass bei verschiedenen Ausgabetiteln dieses Kapitels die Ansätze anstiegen, beispielsweise bei Titel 526 01 – Sachverständige – um 22.000 €. Die heutigen Regierungsfractionen hätten früher immer gefordert, dass die Landesregierung im eigenen Bereich nicht so verschwenderisch sein solle. Jetzt erhöhe sie jedoch die Ansätze.

Kapitel 06 020: Allgemeine Bewilligungen

Titel 519 20: Zum Ausgleich des Abrechnungskontos der Universitätskasse Bonn bei der Landeshauptkasse

Auf die Frage von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, wie dieser Ansatz von 5,7 Millionen € zustande komme, erläutert **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)**, es handele sich um den Ausgleich eines Fehlbestandes, der sich im Rahmen der Verselbstständigung der medizinischen Einrichtungen bei der Umstellung des Kassensystems ergeben habe.

Titel 549 10: Globale Minderausgabe bei den sächlichen Verwaltungsausgaben

Titel 972 40: Globale Minderausgabe zum anteiligen Ausgleich des Haushaltsplans

Rüdiger Sagel (GRÜNE) wüsste gern, warum diese Verschiebung bei den globalen Minderausgaben erfolge: Bei Titel 549 10 kämen mehr als 10 Millionen € dazu, und bei Titel 972 40 fielen fast 15 Millionen € weg.

Dazu erläutert **MDgt Dr. Günter Berg (FM)**, diese Verschiebung betreffe alle Einzelpläne. Im Haushaltsentwurf 2006 gebe es nur für den Bereich der Sachausgaben noch globale Minderausgaben, insgesamt rund 120 Millionen €, die auf alle Einzelpläne verteilt worden seien. Die auf den Einzelplan 06 entfallende globale Minderausgabe sei bei Titel 549 10 ausgebracht. Es handele sich dabei nicht im strengeren Sinne um eine globale Minderausgabe, sondern um eine ausgabeartenspezifische, ressortorientierte Einsparung. Die eigentliche globale Minderausgabe, die bei einem 9er-Titel ausgebracht werde und bei allen Ausgabearten erwirtschaftet werden könne, sei in allen Einzelplänen auf null gesetzt worden.

Kapitel 06 026: Technologie- und Innovationsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen

Titelgruppe 61: Technologie- und Innovationsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen (TIP)

Rüdiger Sagel (GRÜNE) kann nicht nachvollziehen, warum bei diesem Programm, das ja eigentlich das wichtigste Innovationsprogramm des Landes sei, eine Kürzung um fast 6,3 Millionen € erfolge.

Es handele sich um die Umsetzung der allgemeinen Kürzung bei Förderprogrammen, antwortet **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)**. Auch das Technologie- und Innovationsprogramm müsse diesen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts erbringen.

Kapitel 06 027: Allgemeine Studierendförderung

Titelgruppe 70: Zuschüsse an die Studentenwerke

Rüdiger Sagel (GRÜNE) stellt fest, bei den Zuschüssen zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Studentenwerke – Titel 684 70 – sollten 8,2 Millionen €, also sogar mehr als 20 %, gekürzt werden. Die Studentenwerke könnten diese Kürzungen selbstverständlich nicht auffangen, sondern müssten diese Beträge auf die Studierenden abwälzen. Die Studierenden, die nicht aus einem reichen Elternhaus kämen und die ohnehin schon durch die vorzufinanzierenden Studiengebühren erheblich belastet würden, würden dadurch zusätzlich belastet. Denn gerade sie seien besonders darauf angewiesen, in Mensen zu essen und in Studentenwohnheimen zu wohnen. – Er wüsste gern, warum ausgerechnet diese Studierenden doppelt belastet würden.

Auch hier gehe es um einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts, entgegnet **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)**. Der Umfang der Kürzung liege hier genau wie bei anderen Zuschusstiteln bei 20 %.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) ergänzt, bei Titelgruppe 70 gehe es um unterschiedliche Sachverhalte. Bei Titel 671 70 – Erstattung der Verwaltungskosten aus der Durchführung des BAföG – erfolge keine Kürzung, sondern lediglich eine Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben. Beim Titel „Zuschüsse zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben“ erfolge, wie Dr. Herr bereits ausgeführt habe, eine Kürzung um 20 %. Beim folgenden Titel 893 70 – Investitionszuschüsse – werde dagegen eine Erhöhung 720.000 € vorgenommen.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) legt dar, die Kürzung der Zuschüsse an die Studentenwerke mache, wenn man von 400.000 Studierenden im Land ausgehe, etwa 20 € pro Student aus. Die Landesregierung halte es für möglich, dass durch rationelleres Arbeiten bei den Studentenwerken die Hälfte dieses Betrages eingespart werde, sodass

der einzusparende Betrag zu einer durchschnittlichen Mehrbelastung von 10 € pro Studierenden pro Jahr führe.

Bei den Studentenwerken stelle sich das völlig anders dar, erwidert **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**. Die Rationalisierungen, von denen der Finanzminister spreche, seien dort schon in den vergangenen Jahren durchgeführt worden. Fakt sei jedenfalls, dass die Studierenden zusätzlich belastet würden.

Kapitel 06 030: Allgemeine überregionale Finanzierungen

Titel 686 26: Beteiligung des Landes an Betriebsrisiko, Stilllegung und Beseitigung kerntechnischer Anlagen auf dem Gelände der Forschungszentrum Jülich GmbH

Auf die Frage von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, warum der Ansatz um 383.000 €, also um mehr als 30 %, erhöht werden solle, antwortet **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)**, bei der Stilllegung kerntechnischer Anlagen gebe es eine gemeinsame Finanzierung mit dem Bund. Hier entstünden Mehrkosten, die im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Bund vom Land abgedeckt werden müssten.

Kapitel 06 040: Forschungsförderung

Titel 686 20: Zuschuss an die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Rüdiger Sagel (GRÜNE) möchte erstens wissen, warum nur beim Wuppertal-Institut eine Kürzung, und zwar um 750.000 €, also 25 %, vorgenommen werde, die Zuschüsse an die anderen Institute des Wissenschaftszentrums jedoch nicht gekürzt würden, und zweitens, was das für die Arbeit des Wuppertal-Instituts bedeute.

RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT) verweist auf Beschlüsse der früheren Landesregierung zur Umstrukturierung des Wissenschaftszentrums. Beim Wuppertal-Institut führe das dazu, dass die bereits vor mehreren Jahren beschlossene Kürzung im Jahre 2006 umgesetzt werde. Darüber seien Gespräche mit dem Wuppertal-Institut geführt worden. Die dabei gefundene Lösung sehe seines Wissens vor, dass die Belegschaft in einer solidarischen Aktion auf einen Teil ihres Weihnachtsgeldes verzichte.

Kapitel 06 071: Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen

Rüdiger Sagel (GRÜNE) stellt fest, die Regierungskoalition habe gefordert, die ZVS aufzulösen und die Kosten dieser Einrichtung einzusparen. Abgesehen davon, dass eine einzige Stelle wegfallende, würden im Haushalt 2006 jedoch keine Kürzungen vorge-

nommen. Ihn interessiere, warum das entgegen der politischen Ankündigung nicht geschehe.

RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT) führt aus, es gebe einen Staatsvertrag mit bestimmten Kündigungsfristen. Schon aufgrund der vertraglichen Regelungen wäre also eine schnelle Umsetzung eines solchen Vorhabens nicht möglich. Abgesehen davon wisse er nicht, ob die Auflösung der ZVS so, wie Herr Sagel es darstelle, von den Regierungsfractionen politisch gewollt sei.

Daraufhin fragt **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, ob er das politisch so bewerten könne, dass das eine völlig unsinnige Forderung gewesen sei, weil sie haushaltstechnisch überhaupt nicht umgesetzt werden könne, wie man es an anderen Stellen ja auch erlebe. – „Nein, das können Sie nicht sagen“, entgegnet **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)**.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) hätte gerne eine konkretere Antwort und fragt nach, ob denn in dieser Legislaturperiode ein Wegfall der ZVS gar nicht möglich sei und ob man beispielsweise in dem perspektivisch angekündigten Doppelhaushalt 2007/2008 wieder Ausgaben für die ZVS finden werde.

RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT) stellt klar, dass sich seine Aussage nur auf den Haushaltsentwurf 2006 bezogen habe. Als Beispiel für das vorausschauende Handeln der neuen Landesregierung könne man dem Haushaltsvermerk zu den Personalausgaben im Kapitel 06 020 auf Seite 30 des Haushaltsentwurfs entnehmen, dass vorgesehen sei, 200 Planstellen und Stellen zu streichen. Dabei sei auch das ZVS-Kapitel aufgeführt, und zwar ab 01.01.2007.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) legt Wert auf die Feststellung, dass es entgegen Herrn Sagels Äußerung keinen „perspektivisch angekündigten Doppelhaushalt 2007/2008“ gebe, sondern sicherlich einen Einzelhaushalt 2007 geben werde.

Kapitel 06 082: Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund

Titelgruppe 99: Ausgaben aus Beiträgen Dritten

Rüdiger Sagel (GRÜNE) wüsste gern, warum das Land die Mindereinnahmen in Höhe von 500.000 € nicht ausgleiche, sondern durchreiche, sodass das Institut insgesamt 10 % weniger Mittel zur Verfügung habe. – Es handele sich nicht um eine Kürzung der Landesmittel, sondern um einen Rückgang der Drittmittel, entgegnet **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)**. Das Institut habe weniger Drittmittel eingeworben.

Kapitel 06 100: Hochschulen allgemein

Titel 518 04: Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Auf die Frage von **Anke Brunn (SPD)**, wie die dramatische Steigerung des Ansatzes um mehr als 1,7 Millionen € zustande komme, erläutert **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)**, diese Erhöhung der Mietansätze bedeute, dass im Bereich der Hochschulen neu gebaut worden sei. Die Mittel seien ab dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung veranschlagt. Um auf keinen Fall unnötige Ausgaben zu haben, seien die Mittel insoweit gesperrt; sie sollten je nach Fälligkeit freigegeben werden.

Titel 686 51: Zuschüsse für die Aus- und Fortbildung von Journalisten

Anke Brunn (SPD) fragt, warum der Ansatz auf null gesetzt werden solle. Aus diesem Titel, der mit 100.000 € ausgestattet gewesen sei, sei bislang beispielsweise die Kölner Journalistenschule finanziert worden. – Irgendwo müsse mit dem Sparen begonnen werden, erwidert **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)**. Die Aus- und Weiterbildung von Journalisten gehöre nicht zu den Kernaufgaben des Innovations- und Wissenschaftsministeriums. Das sei der Grund für die Überlegung des Ministers, diesen Ansatz zu streichen.

Titel 711 51: Grunderneuerung von natur- und ingenieurwissenschaftlichen Hochschulinstituten

Auf die Frage von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, warum der Ansatz, der 2005 noch 8,8 Millionen € betragen habe, völlig gestrichen werde, antwortet **MDgt Dr. Günter Berg (FM)**, die Sanierungsmaßnahmen seien ausgeführt worden, und das Programm, das nach seiner Erinnerung etwa 30 Millionen € umfasst habe, sei damit abgeschlossen.

Titelgruppe 64: Ausgaben für Forschung, Lehre, Internationales und Transfer

Rüdiger Sagel (GRÜNE) stellt fest, bei dieser Titelgruppe gebe es Kürzungen von mehr als 30 %, und fragt, welche Programme und Projekte davon betroffen seien.

In dieser Titelgruppe seien die Ausgaben der bisherigen Titelgruppen 63 – Innovation in der Lehre und Internationales – und 64 – Forschungsausgaben – sowie der Titel 891 13 in Kapitel 06 102 – Ausstattung von medizinischen Professuren – zusammengeführt worden, erläutert **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)**. Das Programm Lehre sei überflüssig geworden, weil es zur Finanzierung von Zielvereinbarungen und Juniorprofessuren bestimmt gewesen sei, und die Ausgaben für die Ausstattung der medizinischen Professuren entspreche nicht mehr der hochschulpolitischen Richtung, dass die Berufungshoheit jetzt bei den Universitäten liege. Die Mittel der Titelgruppe 64 könnten jetzt also auf die Forschungsförderung konzentriert werden.

Titelgruppe 86: Ausgaben für Fernstudienprojekte im Hochschulbereich

Angesichts der hierbei vorgesehenen Kürzung um 60 % fragt **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, ob dadurch nicht das Fernstudium grundsätzlich infrage gestellt werde.

RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT) legt dar, hier handele es sich um ein gemeinsam von Bund und Ländern finanziertes Programm. Aufgrund schwindenden Programmaufkommens gingen die Programmmittel insgesamt zurück. Die Kürzungen des Bundes würden vom Land nachvollzogen.

Titelgruppe 96: Ausgaben des Evaluierungsbüros NRW

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet, die Kürzung bei den Sachmitteln um 60 % zu begründen. Dadurch werde die Arbeitsfähigkeit des Büros doch sicherlich eingeschränkt.

RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT) verweist auf die Überlegungen zur mittelfristigen Umstrukturierung von wissenschaftlichen Einrichtungen. Dabei sollten in den nächsten fünf Jahren 200 Stellen wegfallen. Auch das Evaluierungsbüro stehe auf der Liste der Institute, die aufgelöst beziehungsweise an die Hochschulen verlagert werden sollten.

Anke Brunn (SPD) stellt zu den Ausgaben im Einzelplan 06 allgemein fest, im Wissenschaftsetat gebe es erstmals eine Kürzung um 0,7 %. Bei den landesspezifischen Programmen betrage die Kürzung sogar 7,4 %. Dies stehe ihrer Meinung nach im Widerspruch zu der Priorität, die der Wissenschaftsbereich nach Ankündigung der neuen Landesregierung haben solle. Die zentrale Frage sei, wie die im Rahmen des Bologna-Prozesses anvisierten 3 % erreicht werden sollten, wenn alle landesspezifischen Startmittel – von TIP bis hin zu reinen Landesprogrammen und Landesinstituten – geschwächt würden.

RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT) widerspricht der Aussage, dass im Wissenschaftsetat insgesamt gekürzt werde. Minister Dr. Linssen habe im Plenum schon darauf hingewiesen, dass es im Hochschulbereich strukturelle Veränderungen gebe, die sich auch auf das Haushaltsvolumen im Einzelplan 06 auswirkten. Die Kürzungen, die Frau Brunn anspreche, beruhten darauf, dass die Ausgaben, die aus dem Gebührenaufkommen des Studienkontenfinanzierungsgesetzes finanziert würden, nicht mehr über den Landeshaushalt liefen, sondern direkt bei den Hochschulen ankämen und von ihnen unmittelbar verwendet würden. Wenn man die Zahlen des Haushalts bereinige, werde man feststellen, dass die Ausgaben im Bereich des Einzelplans 06 sogar um rund 9 Millionen € anstiegen.

Ihre Frage nach den Kürzungen gerade bei den landesspezifischen Programmen sei damit nicht beantwortet, meint **Anke Brunn (SPD)**. – **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)** legt dar, Minister Pinkwart strebe eine Konzentration auf die Kernbereiche Hochschulen und Innovationsförderung an. Er wolle natürlich auch eine Reihe von Kürzungen durch-

führen, um diese Kernbereiche insgesamt zu stärken. Den sichtbaren Kürzungen müssten daher die Steigerungen im Bereich der Exzellenzinitiative oder für die Ansiedlung des MPI in Köln gegenübergestellt werden. Er sei gerne bereit, das im Berichterstattergespräch detailliert darzustellen. Insgesamt sei es so, dass die Ausgaben für die Bereiche Innovation und Forschung über den gesamten Einzelplan 06 um 1,3 % anstiegen.

Anke Brunn (SPD) hat festgestellt, dass vorwiegend bei den Programmen, die der Bund mitfinanziere, die Landeszuschüsse gekürzt würden. Sie frage sich, wie das Land dann noch spezifische Politik machen könne, um anschließend für diese Bereiche die Bundes-Mitfinanzierung überhaupt zu bekommen. Bundesmittel würden ja beispielsweise im Rahmen der Exzellenzinitiative erst dann gewährt, wenn das Land vorher schon sehr viel geleistet habe.

Trotz der Konsolidierungsmaßnahmen seien noch Steuerungsmittel vorhanden, legt **RAng Dr. Dieter Herr (MIWFT)** dar. Er nennt beispielhaft den Landesanteil für die Exzellenzinitiative, der bereits für die gesamte Laufzeit abgesichert sei, die Sonderfinanzierung für das MPI in Köln, die in Titelgruppe 64 des Kapitels 06 100 ausgebrachten Mittel für Forschungsförderung sowie den Innovationsfonds der Hochschulen.

Anke Brunn (SPD) erbittet zum Berichterstattergespräch eine schriftliche Darstellung über die Art und Weise, wie sich die Mittel künftig aufteilen.

Einzelplan 14: **Ministerium für Bauen und Verkehr**
Erläuterungsband Vorlage 14/259

Kapitel 14 010: **Ministerium**

Titel 422 01 bis 429 00: Personalausgaben

Gisela Walsken (SPD) merkt an, im Einzelplan 14 worden 108 Stellen abgebaut. Laut Nachtrag seien zehn neue Stellen für den Regierungsbereich vorgesehen. Der Großteil dieser Stelleneinsparungen erfolge zulasten des Landesbetriebs Straßen. Sie bitte um Erläuterung, warum der Prozentsatz im Einzelplan 14 so hoch sei. Im Erläuterungsband sei zu lesen, dass 20 % aller von der Landesregierung bisher beschlossenen Personaleinsparungen im Einzelplan 14 realisiert würden.

MR Albert Michel (MBV) weist zunächst darauf hin, dass das MBV den Landesbetrieb Straßen in seinem nachgeordneten Bereich habe. Im Laufe der nächsten fünf Jahre, also von 2006 bis 2010, werde man über 500 Planstellen und Stellen abbauen. Der Minister habe entschieden, dass das Ministerium selbstverständlich seinen Sparbeitrag erbringen werde, und zwar 39 Planstellen und Stellen bis 2010. Darin einbegriffen seien die Stellen, die gemäß dem zweiten Nachtragshaushalt abzubauen seien.

Auf den Landesbetrieb entfielen rund 100 Stellen pro Jahr. Das lasse sich bei einem Volumen von 6.500 Stellen rechnerisch gut darstellen. Der Rest von sehr wenigen Stellen entfalle auf die kleine Einrichtung ILS. Verschont blieben die Schlösser in Brühl.

Kapitel 14 050: Förderung des Wohnungsbaus

Titelgruppe 71: Schuldendienst

Gisela Walsken (SPD) kommt auf den Schuldendienst gegenüber dem Bund bei der Wohnungsbauförderung zu sprechen. Der Schuldendienst werde vom Landeshaushalt auf die Wfa verlagert. Sie wolle gern wissen, ob die Volumenreduzierung des Programms bei der geringen Anzahl Wohneinheiten stattfinden werde.

MR Albert Michel (MBV) verweist auf eine Ergänzung im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes betreffend das Wohnungsbauförderungsgesetz dahin gehend, dass die anfallenden 30 Millionen € Zinsen im Jahre 2006 für den Schuldendienst an den Bund aus dem Vermögen der Wfa, also nicht aus dem haftenden Eigenkapital, bezahlt würden, um das Wohnungsbauvermögen nicht zu vermindern.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) ergänzt, das Wohnungsbauvermögen belaufe sich in seiner nominalen Größe auf 18 Milliarden € und wachse. Bei diesen 33 Millionen € sei selbstverständlich weder der reale noch der nominale Bestand des Landeswohnungsbauvermögens betroffen, sondern nur der Zuwachs.

Kapitel 14 110: Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs

Titel 671 11: Erstattungen zum Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs aus Landesmitteln

Titel 671 12: Erstattungen zum Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs aus Regionalisierungsmitteln des Bundes

Gisela Walsken (SPD) spricht die Reduzierung der Beförderungskosten im Ausbildungsverkehr um einmal 49,4 Millionen € und in den Folgejahren um 27,4 Millionen € per anno an. Sie bitte hier um eine Einschätzung der Auswirkungen seitens des Hauses zum einen im Hinblick darauf, ob die Kürzungen im Sinne von Preiserhöhungen bei Schüler- und Semestertickets weitergegeben würden, und zum anderen bezüglich der Auswirkungen im ländlichen Bereich.

OAR Andreas Wille (MBV) führt aus, die Kürzungen im Ausbildungsverkehr bei den Ausgleichsleistungen wirkten sich im Haushalt 2007 erstmalig aus. Man vollziehe diesen Schritt, weil man es sich finanziell leider nicht mehr leisten könne, angesichts von rund 200 Schultagen im Jahr weiterhin 240 Gültigkeitstage bei den Ausgleichsleistun-

gen abzurechnen. Es gebe auch keinerlei Möglichkeiten, das anderweitig gegenzufinanzieren, was man in der Vergangenheit schon einmal versucht habe, indem man die vom Bund zur Verfügung gestellten Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs mit verwendet habe. Die aktuelle Diskussion um die Regionalisierungsmittel des Bundes zeige nämlich, dass der Bund sehr genau darauf achte, was mit diesen Bundesmitteln geschehe.

Die Auswirkungen der Reduzierung seien im ländlichen Raum grundsätzlich etwas stärker als in den Ballungsgebieten, schon allein deshalb, weil im ländlichen Raum hauptsächlich Schülerverkehre abgewickelt würden. In den Ballungszentren sei der Anteil der übrigen Fahrgäste wesentlich höher als im ländlichen Raum. Dadurch wirkten sich diese Kürzungen im ländlichen Raum stärker aus.

Man habe aber versucht, die Kürzungen bei den Verkehrsunternehmen auf kurzfristige Sicht abzumildern. Dazu gebe es im Entwurf des Haushaltsstrukturgesetzes verschiedene Änderungen.

Die Kostensätze für die Ausgleichsleistungen würden erhöht. Deswegen lägen die Kürzungen im Saldo bei 27,4 Millionen €, wie es richtig dargestellt worden sei.

Des Weiteren werde das ÖPNV-Gesetz geändert. Man wolle den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen dadurch ermöglichen, einen Teil der pauschalen Investitionsförderung nach § 13 des ÖPNV-Gesetzes auf der Basis der Betriebsleistungen der Busse und Bahnen einsetzen zu können, ohne dass dem eine konkrete Investition gegenüberstehe. Man habe da das Instrument der Vorhaltekosten, wodurch die investiven Anteile der Fahrzeugvorhaltung förderlich abgedeckt würden. Der Anteil der Investitionsförderung, der für diese Art der Förderung verwendet werden könne, werde von 10 auf 25 %, erhöht, was auch für die Unternehmen unmittelbar bilanzwirksam sein werde.

Ferner habe man in dem in Rede stehenden Erlass vom 22. Dezember angekündigt, die Förderung nach § 13 ÖPNV-Gesetz um 20 Millionen € im Jahr 2006 zu erhöhen. Das werde aus Ausgaberesten bei den Regionalisierungsmitteln des Jahres 2005, die in dieser Höhe entstanden seien, finanziert.

Ob und inwieweit die Verkehrsunternehmen die Kürzungen, die insgesamt noch zu Buche schlugen, auf die Fahrgäste umlegten, könne er nicht beantworten. Das sei eine Frage, die die Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbände eher beantworten könnten. Inwieweit im Rahmen der Restrukturierung der Verkehrsunternehmen Spielräume bestünden, die Reduzierungen aufzufangen, sei schwierig zu beantworten. Er gehe aber davon aus, dass es die Schülertickets dadurch nicht gefährdet würden, weil eine Abschaffung der Schülertickets in Nordrhein-Westfalen die Unternehmen hinsichtlich ihrer Ausgleichsleistung, die sie vom Land erhielten, nicht besser stellen würde.

Kapitel 14 140: Straßen- und Brückenbau

Titel 777 11f.: Ausgaben für Investitionen (Landesstraßen)

Gisela Walsken (SPD) erinnert an die Ankündigung des Verkehrsministers, unterlegt durch das Wahlprogramm der CDU, ein Sonderprogramm Verkehrsinfrastruktur 2010

aufzulegen. Des Weiteren habe es im Koalitionsvertrag auch die Ankündigung der Initiative „Anpflanzung von 100 Alleeen in Nordrhein-Westfalen“ geben. Beides habe sie im Haushalt nicht gefunden. Sie würde gern wissen, ob zu diesen beiden Initiativen haushaltsrelevant für 2006 etwas statffinde.

MR Ulrike im Brahm (MBV) bedauert, die Frage nicht unmittelbar beantworten zu können. Es gebe im Haushalt keine abgebildeten Sonderprogramme für Verkehrsinfrastruktur oder für Alleeen, sondern die seien natürlich in den allgemeinen Investitionsmitteln Titeln 777 11 und folgende verborgen.

Kapitel 14 500: Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit

Titel 821 10: Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen

Titel 883 11: Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung

Horst Becker (GRÜNE) kommt auf die Kürzung beim Grundstücksfonds in Höhe von 8,5 Millionen € zu sprechen und verweist darauf, dass gleichzeitig eine gegenseitige Deckungsfähigkeit bei der Stadterneuerung vorgenommen worden sei. Er hätte gern eine Liste aller Projekte aus dem Grundstücksfonds und die Zusage, diese für das Berichterstattegespräch zu bekommen.

Des Weiteren hätte er gern gewusst, ob die Verpflichtungsermächtigung im Bereich der Stadterneuerung im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit auch dem um 8,5 Millionen € gekürzten Grundstücksfonds zugeführt werde könne, sodass de facto kein Geld mehr für neue Projekte im Städtebau übrig sei und sich das in den Folgejahren auf die Euroregionale und die Regionale 2010 auswirken würde.

Gisela Walsken (SPD) interessiert neben der Frage des Kollegen, was denn an freier Spitze in der Stadterneuerung noch enthalten sei und wie sich das für den Grundstücksfonds auswirke. Es sei zu fragen, ob man überhaupt noch Brachflächenaufbereitung betreiben könne.

MR Albert Michel (MBV) führt aus, selbstverständlich werde man zum Berichterstattegespräch die Liste der Grundstücke zur Verfügung stellen.

Die Ansätze beim Grundstücksfonds seien darauf zurückzuführen, dass in diesem Jahr beim Ausgabetitel lediglich die Einnahmen verbucht worden seien. Das liege daran, dass Herr Minister Wittke die Finanzierung des Grundstücksfonds insgesamt umstellen wolle.

Das Land Nordrhein-Westfalen habe die LEG Städtebau damit beauftragt, den Grundstücksfonds zu verwalten. Es werde angestrebt, ein bereits erschlossenes Grundstückspaket an die LEG Städtebau zu veräußern. Die LEG Städtebau solle dadurch in die Lage versetzt werden, bei der Wohnungsbauförderungsanstalt ein Darlehen auf die-

ses Grundstückspaket aufzunehmen. Mit diesem Darlehen solle das Erschließen neuer Grundstücke ermöglicht werden. Die Tilgung dieses Darlehens bei der Wfa werde dann aus den Kaufpreiserlösen dieses Grundstückspakets erfolgen. Das sei das Modell, das Minister Wittke heute im Ausschuss für Bauen und Verkehr vorstellen werde.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) merkt an, es gebe inzwischen noch weiter gehende Überlegungen, sodass dieser Bereich sicherlich in eine Ergänzungsvorlage Eingang finde.

MR Albert Michel (MBV) antwortet weiter, es gebe bei der Städtebauförderung eine freie Spitze von etwa 2,8 Millionen €; das könne man in den Erläuterungen im Haushaltsplan nachlesen. Alle anderen Beträge seien vorbelastet.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) ergänzt, der Minister habe schon gesagt, dass in der Ergänzungsvorlage eine Konzeption vorgelegt werde. Wie Herr Michel gerade ausgeführt habe, werde die Finanzierung aus dem Wfa-Vermögen in 2006 nicht weiter verfolgt. Da gebe es Abklärungsbedarfe auch mit der EU. Für 2007 sei das noch offen; da gebe es weitere EU-Verfahren, die geklärt werden müssten. In 2006 gebe es eine Deckungsfähigkeit zu dem Grundstücksfonds. Die Mittel des Grundstücksfonds seien in der Tat sehr hoch vorbelastet, aber es gebe Rückflüsse in Höhe von über 10 Millionen €.

Mit der Ergänzungsvorlage werde eine Finanzierung vorgelegt, die sicherstelle, dass die Verpflichtungen des Grundstücksfonds auch gegenüber der EU eingelöst werden könnten, sodass alle in der Aufbereitungsphase befindlichen Grundstücke weiter bearbeitet werden könnten.

Gisela Walsken (SPD) entgegnet, das Sorge schon für einen Teil an Klarheit; denn sie hätte sonst noch nachfragt, weil es ja unterschiedliche Diskussionsstände gebe. Die Rückflüsse aus dem Fonds plus die Deckungsfähigkeit in der Größenordnung, die Herr Michel in Höhe von knapp 3 Millionen € gerade genannt habe, seien der Spielraum beim Grundstücksfonds.

Gegebenenfalls könne im Berichterstattegespräch geklärt werden, ob es eine Neuorganisation des Grundstücksfonds, die im Koalitionsvertrag angekündigt worden sei, geben werde.

Des Weiteren möchte Sie wissen, ob das Programm „NRW macht Plätze“ eingestellt sei, auslaufe oder ob es weitergeführt werde.

MR Albert Michel (MBV) antwortet, das Programm laufe weiter, weil es aus dem Verpflichtungsrahmen gedeckt werden könne; da gebe es keine Probleme. Ob dies in unveränderter Größe geschehe, wisse er momentan nicht.

Allerdings der Hinweis, er hätte bezüglich des Grundstücksfonds 3 Millionen € genannt, sei so nicht richtig. Diese seien für die Städtebauförderung.

Gisela Walsken (SPD) entgegnet, wenn überhaupt, dann sei das zweifelsfrei die freie Spitze der Deckungsfähigkeit.

MR Albert Michel (MBV) verweist noch einmal auf seine Darstellung, wie das Konzept beim Grundstücksfonds in Zukunft aussehen solle. Aufgrund des Darlehens, das die Wfa gewähren werde, werde natürlich ein erheblicher Betrag zur Verfügung stehen, um die großen Projekte wie beispielsweise Phoenix auszufinanzieren.

(Vorsitzende Anke Brunn übernimmt den Vorsitz.)

Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Erläuterungsband Vorlage 14/266

Kapitel 11 029: Landesförderungen der Arbeitspolitik sowie der Aus- und Weiterbildung

Titel 546 42: Leistungen im Rahmen der Durchführung und Unterstützung von Förderprogrammen

Gisela Walsken (SPD) möchte wissen, ob die Kürzung des Ansatzes um 682.000 €, also um fast 70 %, darauf zurückzuführen sei, dass Förderprogramme künftig durch die NRW.BANK abgewickelt würden. In dem Zusammenhang interessiere sie auch, welche Margen die NRW.BANK für die Abwicklung dieser Förderprogramme erhalte.

MR Hans Lauf (MAGS) bestätigt, dass die NRW.BANK Förderprogramme abwickeln werde und die Mittel bei Titel 546 42 deshalb nicht mehr benötigt würden.

Über die für die Abwicklung der Förderprogramme zu zahlenden Margen verhandelten zurzeit alle betroffenen Ressorts mit der NRW.BANK. Die Verhandlungen darüber seien zwischenzeitlich etwas ins Stocken geraten, mittlerweile aber wieder aufgenommen worden. Die Landesregierung orientiere sich dabei an dem Vertragspaket, das bereits aus den letzten Jahren vorliege, und hoffe, günstigere Konditionen zu erreichen.

Gisela Walsken (SPD) bittet um Auskunft, ob es so etwas wie einen Generalvertrag mit der NRW.BANK gebe oder ob zur Übertragung der Förderprogramme jeweils Einzelverträge abgeschlossen würden.

Hinsichtlich der Ansatzreduzierung bei Titel 546 42 wüsste sie noch gerne, ob es sich dabei um einen ersten Einspareffekt aufgrund der Übertragung auf die NRW.BANK handele.

MR Hans Lauf (MAGS) stellt fest, es gebe seit Längerem einen Rahmenvertrag mit der NRW.BANK, über den zurzeit neu verhandelt werde. Parallel dazu werde über die einzelnen Projekte verhandelt.

Im Einzelplan 11 sei man noch nicht so weit, dass man von Einspareffekten sprechen könne. Die Programme seien noch nicht übertragen worden.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) ergänzt, der Rahmenvertrag regele generell das Verfahren der Übertragung der Förderprogramme. Dieser Rahmenvertrag werde durch Einzelverträge ausgefüllt. Es könnten auch nur individuell gestaltete Einzelverträge abgeschlossen werden, weil die Übertragungstiefe bei den einzelnen Programmen sehr unterschiedlich sei.

Gisela Walsken (SPD) fragt nach, ob die im Einzelplan 20 bei Kapitel 20 020 Titel 546 05 ausgewiesene Verpflichtungsermächtigung von 7,5 Millionen € die Größenordnung sei, mit der für 2006 kalkuliert werde.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) erläutert, die genannte Verpflichtungsermächtigung könne für mehrjährige Verträge mit der NRW.BANK in Anspruch genommen werden, weil man davon ausgehe, dass es günstiger sei, Übertragungen für mehrere Jahre vorzunehmen. Die jeweiligen Jahressummen müssten aber aus den Mitteln der Einzelpläne genommen werden; soweit diese nicht ausreichten, müsse das zulasten der Programme gehen. Die Verpflichtungsermächtigung im Einzelplan 20 diene nur dazu, den Abschluss mehrjähriger Verträge zu ermöglichen. Es seien keine zusätzlichen Belastungen, die diese Verpflichtungsermächtigung begründeten.

Harald Schartau (SPD) wüsste gern, ob die Landesregierung mit der NRW.BANK auch über die Übernahme von Personal verhandele.

Eine Übertragung des Personals sei nicht generell, sondern nur im Einzelfall möglich, antwortet **MDgt Dr. Günter Berg (FM)**. Grundsätzlich sei vorgesehen, die Mittel durch Stellenabbau im Zuge der Personalfluktuations einzusparen. Bei den Regierungspräsidenten, die für einen Teil der Programme Bewilligungsbehörden seien, seien bereits 14 kw-Vermerke ausgebracht worden. Fünf von ihnen seien seit dem 1. Januar 2006 wirksam, die anderen neun ab 1. Januar 2007.

Den Wunsch auf Übernahme des Personals habe das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales selbstverständlich bei den Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, betont **MR Hans Lauf (MAGS)**; denn es wäre problematisch, wenn das Personal anschließend ohne Aufgaben dastehe. Die NRW.BANK habe Entgegenkommen signalisiert, aber die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen.

Der Begriff „kw“ könne sehr schnell die Bedeutung „kostet weiter“ bekommen, meint **Harald Schartau (SPD)**. Wenn auf der einen Seite die Margen an die Bank gezahlt werden müssten und auf der anderen Seite das bisher damit befasste Personal nicht mehr sinnvoll beschäftigt werden könne, entstünden dem Land doppelte Kosten. Er bitte deshalb zu bestätigen, dass auch die befriedigende Lösung der personellen Fragen generell Gegenstand der Verhandlungen mit der NRW.BANK sei.

StS Angelika Marienfeld (FM) bittet zu berücksichtigen, dass die Übertragung der einzelnen Programme durch die betroffenen Ressorts selbst erfolge. Bei den Verhandlungen über die Einzelverträge spiele die Frage, was mit dem Personal geschehe, selbstverständlich eine Rolle, weil das Problem alle Ressorts beschäftige. Allerdings sei klar, dass es keine 1:1-Übertragung geben könne. In der Tat habe die NRW.BANK Entgegenkommen signalisiert; man müsse nun abwarten, welche Ergebnisse bei den einzelnen Verträgen erzielt werden könnten.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Versorgungsämter bisher eine Reihe der Förderprogramme abwickelten, und fragt, inwieweit das in den Personalplanungen eine Rolle spiele. – Genau darüber werde mit der NRW.BANK diskutiert, antwortet **MR Hans Lauf (MAGS)**. Die Verhandlungen befänden sich aber noch im Anfangsstadium.

Der Schlussfolgerung von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, dass es also noch kein Konzept gebe, widerspricht **MR Hans Lauf (MAGS)**. Das Ministerium habe ein Konzept. Er gehe davon aus, dass auch die Bank ein Konzept habe. Nur passten beide Konzepte vermutlich nicht zusammen.

Titelgruppe 60: Förderung des Baus und der Ausstattung beruflicher Ausbildungsstätten

Titelgruppe 64: Förderung von Bau- und Ausstattungsinvestitionen ...

Gisela Walsken (SPD) bittet um die Begründung dafür, dass bei den Zuschüssen für Investitionen in berufliche Ausbildungsstätten sowohl in Titelgruppe 60 wie auch in Titelgruppe 64, und zwar bei den Titeln 893 60 und 893 64, eine deutliche Reduzierung erfolgen solle. – Diese Kürzungen beträfen nicht die beruflichen Ausbildungsprogramme, sondern ausschließlich Investitionen, auf die in diesem Jahr verzichtet werde, verdeutlicht **MR Hans Lauf (MAGS)**.

Titelgruppe 69: Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung

Rüdiger Sagel (GRÜNE) möchte wissen, ob die Kürzung um 2,45 Millionen € bedeute, dass berufliche Weiterbildungsmaßnahmen nicht mehr stattfänden. – **MR Hans Lauf (MAGS)** verneint. Bei diesem Betrag handele es sich um Mittel für Investitionen, die nicht mehr erforderlich seien.

Titelgruppe 94: Modellhafte Arbeitsmarktprojekte

Auch hierzu fragt **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, ob die Reduzierung des Ansatzes auf Null bedeute, dass nichts mehr stattfinde. – **MR Hans Lauf (MAGS)** bestätigt, die beruflichen Bildungsstätten sollten vorübergehend, zumindest in diesem Jahr, hieraus nicht mehr gefördert werden.

(Mittagspause von 13:20 bis 14:00 Uhr)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung heißt **Vorsitzende Anke Brunn** den **Kämmerer der Stadt Köln, Herr Peter Michael Soenius**, herzlich willkommen und bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck, im Kölner Rathaus zu Gast zu sein. Sie gibt dem Kämmerer sodann Gelegenheit, **Begrüßungsworte** an den Ausschuss zu richten.

Kämmerer Peter Michael Soenius (Stadt Köln) führt aus:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Finanzminister! Ich freue mich sehr, Sie in meiner Eigenschaft als Kämmerer im Ratssaal unserer Stadt begrüßen zu dürfen. Sie haben sich entschieden, eine der wichtigsten, sicherlich aber auch eine der schwierigsten Aufgaben des Haushalts- und Finanzausschusses, die Beratung des Haushaltsentwurfs des Landes Nordrhein-Westfalen für 2006, in Köln durchzuführen. Das nenne ich eine sehr mutige Entscheidung angesichts der Berichte über die beabsichtigten Sparmaßnahmen im Etat des Landes für 2006, deren Auswirkungen insbesondere auch die Kommunen verspüren werden. Sie haben sich mit der Wahl dieses kommunalen Tagungsortes also sozusagen in die Höhle des Löwen begeben.

Aber keine Sorge: Ich werde Sie nicht mit weiteren Klageliedern zur Haushalts- und Finanzlage der Kommunen im Allgemeinen und der Stadt Köln im Besonderen behelligen. Wir werden ja morgen noch Gelegenheit haben, ein oder zwei Themen, die insbesondere die Kommunen und auch die Stadt Köln bewegen, miteinander besprechen zu können. Die Finanzsituation ist auf allen öffentlichen Ebenen desolat. Darüber sind wir uns – bei den wahrscheinlich notwendigen Kontroversen im Detail – mit Sicherheit einig. Wir sind uns sicherlich auch darüber einig, dass diesem Missstand grundsätzlich nur mit äußerster Sparsamkeit begegnet werden kann. Dennoch denke ich, dass hier nicht die nötige Weitsicht für das Notwendige und das Nützliche außer Acht gelassen werden darf. Hier sind alle öffentlichen Ebenen gefordert, das Ihrige zu leisten. Ich denke allerdings, unserem Land kann es nur dann gut gehen, wenn es sich auf starke Kommunen stützen kann.

Sie können versichert sein: Rat und Verwaltung gerade dieser Stadt werden sich in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt für die Weiterentwicklung des Landeshaushalts 2006 interessieren. Das liegt in der Natur der Sache, da die Ansatzfestlegungen, die in Ihrem Kompetenzbereich verwirklicht werden, insbesondere zum Beispiel im Kinder- und Jugendbereich, weit reichende Konsequenzen gerade für unseren städtischen Haushalt haben können und haben werden.

Sie bringen uns natürlich auch den Landeshaushalt durch Ihre Tätigkeit vor Ort räumlich etwas näher. Sie haben sich ein Mammutprogramm für diese beiden Tage vorgenommen, das die Zeit, die Sie zur Verfügung haben, sicherlich ausfüllen wird. Ich freue mich, dass Sie mir dennoch Gelegenheit geben, hier morgen auf den eng mit dem Landeshaushalt zusammenhängenden Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes einzugehen und vielleicht einige Aspekte aus der städtischen Sicht darlegen zu können.

Weiter möchte ich Ihre wertvolle Zeit nicht in Anspruch nehmen. Ich wünsche Ihnen für Ihre Tagung weiterhin viel Erfolg. Mögen Ihre Beratungen und Diskussionen gute Ergebnisse für uns alle in diesem Land bewirken. In diesem Sinne alles Gute für Ihre Beratungen und bis morgen!

(Beifall)

Der **Ausschuss** setzt sodann die Beratung des Einzelplans 11 fort.

Kapitel 11 031: Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung

Titelgruppe 73: Maßnahmen betreffend den Ausbildungskonsens

Titelgruppe 74: ESF-Zuschüsse betreffend den Ausbildungskonsens

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet um Auskunft, wie die Maßnahmen des Ausbildungskonsenses künftig kofinanziert werden sollten, wenn der Eigenanteil des Landes um 5,98 Millionen € abgesenkt werde, zugleich aber die EU-Zuschüsse um 13,1 Millionen € anstiegen. – **MR Hans Lauf (MGAS)** legt dar, das Land werde mehr Drittmittel einfordern und könne zugleich die Eigenmittel verringern. Das Programm könne weiterlaufen.

Titelgruppe 75: Maßnahmen betreffend die Initiative „Jugend in Arbeit plus“

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fragt, ob die Kürzung um 14,1 Millionen auf 2,3 Millionen € bedeute, das das Programm auslaufen solle. Ihn interessiere weiter – dies bitte er gegebenenfalls schriftlich darzulegen –, wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Jahre 2005 an den Maßnahmen teilgenommen hätten und mit welchen Instrumenten diese Zielgruppe ansonsten gefördert werde. – Das Programm „Jugend in Arbeit plus“ werde fortgesetzt, versichert **MR Hans Lauf (MAGS)**.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) sieht zu den Antworten auf die beiden letzten Fragen noch Aufklärungsbedarf.

Titelgruppe 79: Maßnahmen betreffend die Initiative „Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher“

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet ferner um Auskunft, wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen dieser Initiative, deren Mittel um 1,29 Millionen € abgesenkt würden, im Jahre 2005 gefördert worden seien.

Mit einer Beantwortung dieser und der vorausgegangenen Fragen im Berichterstattergespräch, die **MR Hans Lauf (MAGS)** anbietet, ist **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** einverstanden.

Kapitel 11 041: Sozialpolitische Maßnahmen – Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen

Titel 684 11: Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet zu erläutern, warum diese Zuschüsse um 490.700 € gekürzt würden.

Die freie Wohlfahrtspflege habe von den generellen Einsparungen nicht ausgenommen werden können, antwortet **MR Hans Lauf (MAGS)**. Das Ministerium habe darüber mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege verhandelt. Weil es sehr schwierig sei, unmittelbar eine 20-prozentige Kürzung zu erbringen, sei ein abgestuftes Kürzungsprogramm abgesprochen worden, damit sich die Träger darauf einrichten könnten. Vorgesehen sei, im Jahre 2006 5 %, im Jahre 2007 noch einmal 5 % und im Jahre 2008 10 % einzusparen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) findet es bemerkenswert, dass im Bereich der Spitzenverbände ein abgestuftes Kürzungsprogramm abgesprochen worden sei. Bei anderen Trägern, die sich genauso wenig darauf einstellen könnten, werde schlagartig eine 20-prozentige Kürzung vorgenommen.

Titelgruppe 70: Zuschuss an die Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege

Gisela Walsken (SPD) bittet um Auskunft, ob Stiftungsprojekte, insbesondere Behindertenprojekte, von den Kürzungen betroffen seien.

MR Hans Lauf (MAGS) erläutert, der Ansatz für die Stiftung sei nominal gekürzt worden, weil die Stiftung im vergangenen Jahr einen erheblichen Rest erwirtschaftet habe, der dem Stiftungshaushalt verbleibe. Insgesamt ergebe sich dadurch ein Bewilligungsvolumen von rund 25 Millionen €. Das sei genau der Betrag, der auch 2005 zur Verfügung gestanden habe.

Auf die Frage von **Gisela Walsken (SPD)**, in welcher Größenordnung denn in den letzten Jahren Reste entstanden seien, antwortet **MR Hans Lauf (MAGS)**, die Reste der letzten Jahre addierten sich auf einen Betrag von insgesamt 10.617.305 €, der der Stiftung in diesem Jahr zusätzlich zu dem Haushaltsansatz zur Verfügung stehe.

Dazu möchte **Harald Schartau (SPD)** wissen, ob die in den vergangenen Jahren nicht verausgabten Mittel nicht schon mit Projekten belegt gewesen seien und ob die Kürzung des Ansatzes nicht zwangsläufig bedeute, dass die Möglichkeit, neue Projekte zu bewilligen, in dem Maße eingeschränkt werde.

MR Hans Lauf (MAGS) macht darauf aufmerksam, dass in Titelgruppe 70 nicht nur ein Baransatz, sondern auch eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht sei. Ihre Höhe, nämlich rund 9,6 Millionen € sei gegenüber dem Vorjahr unverändert. Aus dieser Verpflichtungsermächtigung könne die Stiftung neue Projekte bewilligen.

Die Stiftung habe in den letzten Jahren mehr und mehr Probleme, ihre Mittel zu verausgaben, weil die Träger die erforderliche Kofinanzierung kaum noch sicherstellen könnten. Aus diesem Grunde seien auch die Reste in der genannten Höhe entstanden.

Titelgruppe 71: Altenpflegeausbildung

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fragt, wie das Ziel erreicht werden solle, 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Altenpflege zu schaffen, wenn zugleich die Fördersätze für die Schülerinnen und Schüler abgesenkt würden.

MR Hans Lauf (MAGS) bestätigt, dass für neu beginnende Maßnahmen die Fördersätze abgesenkt würden. Dann könne mit demselben Mittelvolumen mehr Ausbildung geleistet werden. Gleichzeitig würden die Zuschüsse an die Träger maßvoll erhöht. Durch die Verzahnung dieser Maßnahmen könnten 1.000 Auszubildende mehr eingestellt werden.

Titelgruppe 90: Förderung von pflegebedürftigen Menschen und von Modellprojekten zur Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet hierzu, folgende Fragen im Berichterstattergespräch zu beantworten:

1. Welche Auswirkungen haben die Mittelkürzungen beim Unterteil „Wohnberatung“ auf die Förderung der Wohnberatung? Sind neben der anteiligen Finanzierung der Wohnberatung weitere Maßnahmen oder Projekte aus dem Ansatz für die Wohnberatung finanziert worden?
2. Welche Maßnahmen sollen aus dem Unterteil „Qualitätssicherung in der Pflege“ finanziert werden? Welche Haushaltssumme steht für das Projekt „Referenzprogramme“ bereit?
3. Wie wirkt sich die drastische Reduzierung des Ansatzes für „Neue Wohnformen für Hilfe- und Pflegebedürftige“ auf die Förderung der beiden regionalen Beratungsstellen in Bochum und Köln sowie auf die Förderung konkreter Projekte aus?

Kapitel 11 070: Krankenhausförderung

Titel 893 60: Zuschüsse für Investitionen an freie gemeinnützige Krankenhäuser

Rüdiger Sagel (GRÜNE) stellt fest, seitens der Landesregierung sei darauf hingewiesen worden, dass es eine Bugwelle an notwendigen Investitionen gebe. Bei den Investi-

tionszuschüssen solle jedoch der Haushaltsansatz um 30 Millionen € zurückgefahren werden. Dies bitte er zu begründen.

MR Hans Lauf (MAGS) antwortet, die Bugwelle gebe es in der Tat; es hätten sich Finanzierungsnotwendigkeiten von 600 Millionen € ergeben. Im letzten Jahr sei man mit den Mitteln nicht ausgekommen; der Finanzminister habe weitergeholfen. In diesem Jahr müsse man aufgrund der Haushaltssituation allerdings wieder mit Mitteln in der Größenordnung auskommen, wie sie seit Jahren veranschlagt worden seien. Er gehe davon aus, dass der Ansatz von 170 Millionen € für die gesamte Titelgruppe ausreichen werde, den Verpflichtungen nachzukommen.

Titel 893 61: Zuschüsse an freie gemeinnützige Krankenhäuser

Rüdiger Sagel (GRÜNE) wüsste er gerne, warum hier die Kürzungen ausschließlich bei dem Ansatz für die freien gemeinnützigen Krankenhäuser, nicht aber bei dem Ansatz für kommunale Krankenhäuser vorgenommen worden seien.

In Titelgruppe 61 seien die einzusparenden Beträge pauschal bei einem der Titel abgesetzt worden, erläutert **MR Hans Lauf (MAGS)**. Es sei nicht vorgesehen, nur bei einem Titel zu kürzen, denn die Ausgaben der Titelgruppe seien gegenseitig deckungsfähig. An den bestehenden Rechtsansprüchen ändere sich nichts.

Kapitel 11 080: Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet folgende Fragen im Berichterstattergespräch zu beantworten:

Erstens hätte er gerne gewusst, ob bei **Titel 686 64 – Zielgruppenspezifische Aidsprävention –** weiterhin spezielle Maßnahmen für Frauen gefördert würden.

Zweitens würde er zu **Titelgruppe 81 – Gesundheitshilfe –** gerne erfahren, warum im Unterteil 1 – „Mütter- und Kindergesundheitshilfe“ der Ansatz auf Null gesetzt worden sei und wie diese Leistungen künftig ausgestaltet würden, und ferner, warum für die Förderung der Frauenselbsthilfe nach Krebs sowie für die besonderen Maßnahmen zur gesundheitlichen Betreuung – Unterteil 5 – keine Beträge mehr ausgewiesen seien.

MR Hans Lauf (MAGS) räumt ein, dass auch im Kapitel 11 080 durch eine Vielzahl von Maßnahmen Mittel eingespart würden; die Einzelheiten könnten im Berichterstattergespräch dargelegt werden. Bei der Aidsprävention sei der Ansatz auf das Istergebnis des Vorjahres abgesenkt worden. Das bedeute, dass zwar kein Spielraum für zusätzliche Möglichkeiten bestehe, dass aber faktisch alle Maßnahmen so wie im Vorjahr weiterlaufen könnten.

Kapitel 11 130: Maßregelvollzug

Titel 633 20: Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in Anstalten anderer Verwaltungen

Rüdiger Sagel (GRÜNE) möchte wissen, warum bei diesem Ansatz ein Einsparpotenzial von 8 Millionen € gesehen werde, obwohl noch im Nachtragshaushalt 2005 die Mittel wegen der real gestiegenen Kosten erhöht worden seien.

MR Hans Lauf (MAGS) erläutert, in den vergangenen Jahren sei jeweils vorfinanziert und nachher spitz abgerechnet worden. Im Zuge der Umstellung auf die Budgetierung entfalle die Spitzabrechnung. Außerdem habe man sich entsprechend der eindringlichen Bitte des Finanzministers erfolgreich bemüht, die Kosten pro Platz zu vermindern. Aufgrund einer Kombination verschiedener Maßnahmen sei es also möglich, den Ansatz zu reduzieren.

Titelgruppe 60: Baumaßnahmen im Maßregelvollzug

Rüdiger Sagel (GRÜNE) hat weiter festgestellt, dass die Zuweisungen an die Landschaftsverbände für Baumaßnahmen für den Maßregelvollzug – Titel 883 60 – um 73 % gekürzt werden sollten. Ihn interessiere, was das für die in Planung beziehungsweise in Umsetzung befindlichen Maßnahmen bedeute.

MR Hans Lauf (MAGS) macht darauf aufmerksam, dass nicht nur die Ausgaben dieser Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig seien, sondern auch mit den Ausgaben der Titelgruppe 65 – Bau neuer Einrichtungen im Maßregelvollzug – gegenseitige Deckungsfähigkeit bestehe. Insgesamt sei die Tranche ausreichend, um die Mittel bereitzustellen, die für die 2006 im Bau befindlichen Maßnahmen benötigt würden. Weil man ziemlich nahe dran sei, könne man in diesem Jahr genauer als sonst prognostizieren, wie viele Mittel für Investitionen abfließen könnten.

(Stellv. Vorsitzender Bernd Krückel übernimmt den Vorsitz.)

Einzelplan 04: Justizministerium

Erläuterungsband Vorlage 14/282

Kapitel 04 010: Ministerium

Titel 422 01: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

Hans-Willi Körfges (SPD) will bezüglich des Personalbereichs lediglich darauf verweisen, was der Deutsche Richterbund zwischenzeitlich an Äußerungen getätigt habe.

Titel 518 04: Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Thomas Eiskirch (SPD) bezieht sich auf die Diskussion zu dem Thema Mieten und Pachten beim Einzelplan 03 und bittet um eine Aufstellung über die Mieten und Pachten gegenüber dem BLB. Die Aufstellung sollte auch die Bewirtschaftungskosten beinhalten und eine Gegenüberstellung zu 2005 oder auch zu 2004 ermöglichen, sodass man erkennen könne, wie groß die Sprünge seien. Damit die Aufstellung nicht zu umfangreich werde, könnte auch eine Bagatellgrenze von 2,5 % eingeführt werden, sodass nur eklatante Veränderungen in die eine oder andere Richtung dargestellt würden.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) antwortet, für alle Liegenschaften seien das mehrere tausend Mieten. Vielleicht reiche es aus, wenn der Zuwachs durch die Neuvermietungen erklärt werde. Damit wäre dem Informationsbedürfnis Rechnung getragen.

Thomas Eiskirch (SPD) fragt nach, ob bei den bestehenden Mietverhältnissen die Sprünge über den vorhin genannten Indizierungsanteil von 1 % hinausgingen. Man habe nämlich einzelne Fälle gesehen, wo es teilweise Mietenverminderungen, aber auch exorbitante Erhöhungen im Bereich der Bewirtschaftungskosten gegeben habe.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) antwortet, der Index von 1 % sei überall gleich. Wenn neue große Projekte fertig würden, dann gebe es Unschärfen, dass Kaltmiete nicht überall als Kaltmiete veranschlagt werde, sondern dass die Miete teilweise Nebenkosten beinhalte. Man sei dabei, das sukzessive zu bereinigen. Der Haushalt weise einen speziellen Titel für die Abgrenzung von Mietnebenkosten aus. Das könnte zu den Verwerfungen führen; sonst habe er dafür keine Erklärung.

Für **Thomas Eiskirch (SPD)** ist es nachvollziehbar, dass versucht werde, für die Zukunft eine größere Transparenz zu schaffen. Aber genauso sei doch zu verstehen, dass man, wenn man solche Sprünge erkenne, auch auf andere Ideen kommen könnte und deshalb wolle, dass das ausgeschlossen werde.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) hält fest, es gebe durch die neue Landesregierung keine Veränderungen hinsichtlich der Anweisung an den BLB oder an die Ressorts, irgendetwas anderes zu machen, sondern man fahre das rite ab, so, wie es 2001 festgelegt worden sei. Von daher sollte der Modus bekannt sein.

Er schlage vor, sich in den Berichterstattergesprächen mit den einzelnen Ressorts diese gravierenden Abweichungen erklären zu lassen. Das sei vom Arbeitsablauf her das einfachste.

Thomas Eiskirch (SPD) meint, die Darstellungen sollten dann aber auch mit den entsprechenden Vorjahren verglichen werden können. – **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** sagt dies zu.

Kapitel 04 210: Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel 459 00: Vergütung und Entschädigung der Vollstreckungsbeamten

Hans-Willi Körfges (SPD) spricht die deutliche Absenkung der Ausgaben von mehreren Millionen € an dieser Stelle an und fragt, wie man den Bereich noch stemmen wolle, zumal es sich hier um Kosten handele, die aufgrund von gesetzlichen Verpflichtungen anfielen.

MR Detlef Heinrich (JM) bezeichnet den dargestellten Grundsatz als richtig. Allerdings ergebe sich der Grund für die Absenkung aus der Ist-Spalte 2004, die entsprechend niedrig gewesen und auch schon seit mehreren Jahren stabil gewesen sei, sodass davon ausgegangen werden könne, dass der in 2005 veranschlagte Betrag nicht in der Höhe benötigt werde.

Titel 546 50: Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder, Pfleger und Betreuer

Hans-Willi Körfges (SPD) meint, bei der Aufwandsentschädigung und Vergütungen an Vormündern, Pflegern und Betreuern habe man trotz einer gesetzlichen Änderung 4.400.000 € draufgelegt, wo doch dort die Einschätzung in der Vergangenheit eher sehr vorsichtig gewesen sei und man deshalb davon ausgehen könne, dass man in dem Bereich etwa 8 % – das wären ungefähr 10 Millionen € – drauflegen müsste, um den tatsächlichen Bedarf abzudecken. Insofern sei zu fragen, ob da nicht der Justizhaushalt aus kosmetischen Gründen heruntergerechnet worden sei, um abstrakte Ziele erreichen zu können.

MR Detlef Heinrich (JM) erläutert, im Bereich der gesetzlich und vertraglich gebundenen Auslagen veranschlage man grundsätzlich bedarfsbezogen, also weder zu viel noch zu wenig. Man müsse bei den Betreuervergütungen berücksichtigen, dass es in 2005 eine Kostenentwicklung um plus 8,35 % gegeben habe. Es sei auch bekannt, dass seit dem 1. Juli 2005 ein neues Berufsbetreuervergütungsgesetz in Kraft sei. Allerdings sei es rechtlich zulässig, noch bis zu 15 Monate nach altem Recht abzurechnen. Das sei weiterhin ein kostentreibender Faktor, der aber durch die neuen Abrechnungen nach den pauschalisierten Sätzen gegenläufig beeinflusst werde, sodass man zuversichtlich sei, mit dem veranschlagten Ansatz auszukommen.

Titel 684 10: Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe und zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit

Rüdiger Sagel (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass die Projekte zur Förderung des Ehrenamtes in der Straffälligenhilfe um 30 % gekürzt worden seien. Da hier auch schon einmal von Rot-Grün gekürzt worden sei und dies somit insgesamt eine sehr

drastische Kürzung in den letzten Jahren darstelle, sei zu fragen, wie dieses ehrenamtliche Engagement sichergestellt werden solle. Aus Sicht seiner Fraktion gelinge dies angesichts der Kürzungen nicht, und es sei auch von einer Flut bei den Folgekosten zu hören.

MR Detlef Heinrich (JM) verweist bezüglich aller Fördermaßnahmen im Justizhaushalt auf dieselbe Antwort, die er eben zum Täter-Opfer-Ausgleich gegeben habe. Man finde letztendlich in allen Förderansätzen der Justiz den Konsolidierungspfad von durchschnittlich minus 20 %. Zu diesem Thema habe es auch Kontakte zwischen der Fachabteilung des Hauses und darüber hinaus zu Spitzenverbänden gegeben, um diese Absenkungen im weitesten Sinne möglichst belastungsneutral durchführen zu können.

Die Kernaufgaben der freien Träger würden auch durch die Absenkung nicht tangiert. Natürlich seien auch die freien Träger gehalten, in ihren Verwaltungsbereichen nach Einsparmöglichkeiten zu suchen. Die Erfahrung aus den Gesprächen zeige, dass es diese Einsparmöglichkeiten durchaus gebe.

Titel 684 40: Zuwendungen zur Haftvermeidung an freie Träger.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) erinnert sodann an das Haftvermeidungsprojekt in Aachen, das seine Arbeit aufgrund der Kürzungen eingestellt habe. Er wolle wissen, ob perspektivisch daran gedacht sei, die Haftvermeidungsprojekte insgesamt einzustellen.

MR Detlef Heinrich (JM) liegen zum konkreten Fall Aachen keine Informationen vor. Das müsste er im Berichterstattergespräch oder schriftlich beantworten. Aber auch hier gelte der Grundsatz, dass diese Einsparung im Interesse der Haushaltskonsolidierung erfolgt und dabei auch gewährleistet sei, dass die Kernaufgaben der Haftvermeidung natürlich fortgesetzt werden könnten.

Kapitel 04 410: Justizvollzugseinrichtungen

Titel 547 20: Ausgaben für private Dienstleistungen in der JVA Ratingen im Rahmen des PPP-Projekts

Für **Hans-Willi Körfges (SPD)** gibt es bezüglich des PPP-Projekts JVA Ratingen die Irritation, dass eine Verpflichtungsermächtigung für private Dienstleister vorgesehen sei. Gleichzeitig seien auch kw-Stellungen von 85 Stellen am 01.01.2009 vorgesehen. Demgegenüber habe ihn nun die eigentlich dankenswerte Mitteilung erteilt, dass das Projekt einer großen JVA Ratingen in anderer Form realisiert werden solle, was politisch deckungsgleich mit den Äußerungen der Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion sei, die vehement den Einsatz von Privaten ablehnten. Er wolle gern wissen, was nun gelte und in welcher Weise diese JVA errichtet und betrieben werde und wie sich das Projekt im Haushalt niederschlage.

MR Detlef Heinrich (JM) führt aus, der Bau einer neuen Ersatzanstalt für die in die Jahre gekommene Anstalten Düsseldorf, Duisburg-Hamborn/Oberhausen mit insgesamt rund 845 Plätzen sei erforderlich; das werde auch seit längerem diskutiert. Die Frage, wie sich das haushalterisch darstelle, könne er nur insoweit beantworten, als die Optionen Bau der Anstalt mittels des Bau- und Liegenschaftsbetriebs, Bau und Betrieb im Rahmen eines PPP-Modells und Bau über den BLB und gegebenenfalls später teilprivatisierter Betrieb der neuen JVA noch ausgelotet würden. – Gleichwohl, wirft **Hans-Willi Körfges (SPD)** ein, gehe der Haushalt von einem PPP-Modell aus. – Dies bestätigt **MR Detlef Heinrich (JM)**. Es seien zwei Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen, eine als Miet-VE für den Bau und eine als Betriebs-VE für den teilprivatisierten Betrieb. Ob letztendlich die Verpflichtungsermächtigung zum teilprivatisierten Betrieb gezogen werde, hänge von weiteren politischen Entwicklungen ab.

Titel 684 10: Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs

Hans-Willi Körfges (SPD) möchte angesichts der 30-prozentigen Reduzierung beim TOA, der nicht nur der Herstellung des Rechtsfriedens, sondern auch der Entlastung der Justiz diene, wissen, in welcher Form Vorsorge im Haushalt dafür getroffen werde, dass die Mehrbelastung bei der Justiz durch wegfallende Kapazität im Bereich TOA aufgefangen werden könne.

MR Detlef Heinrich (JM) antwortet, dass als Konsolidierungsbeitrag zum Landeshaushalt die Fördermittel um durchschnittlich 20 % gesenkt worden seien. Teilweise habe man etwas mehr, teilweise etwas weniger gekürzt. Richtig sei, dass der Täter-Opfer-Ausgleich relativ stark gekürzt worden sei. Die Aufgaben des im Übrigen auch im Gesetz festgeschriebenen Täter-Opfer-Ausgleich würden weiter erfüllt. Zum einen würden sie von Mitarbeitern der Gerichtshilfe wahrgenommen, zum anderen weiterhin von den freien Trägern. Eingebunden sei das Ganze in eine Neukonzeption der sozialen Dienste der Justiz, die derzeit erörtert werde.

Hans-Willi Körfges (SPD) meint, wenn derzeit etwas erörtert werde, sei das höchst interessant, aber zunächst einmal würden bestehende Strukturen gefährdet. Er habe sich in den vergangenen Jahren sehr intensiv mit den Ausgleichsstellen befasst, die immer von Kürzungen bedroht gewesen seien. Zum großen Teil seien die entsprechenden Ansätze in der Vergangenheit überrollt worden. Da die internen Etats der freien Träger zum großen Teil auf Kante genäht seien, müsse bei einer Absenkung der Beträge davon ausgegangen werden, dass einige Träger ihre Aufgabe insgesamt nicht mehr würden bewerkstelligen können.

MR Detlef Heinrich (JM) sieht hingegen die freien Träger grundsätzlich in der Lage, weitere Einsparungen in ihrem eigenen Betrieb zu erwirtschaften. Zum anderen gelte nach wie vor, dass die Gerichtshilfe in diesem Bereich einspringen werde.

Christian Möbius (CDU) bestätigt, es sei richtig, dass sich die Landesregierung bezüglich des Täter-Opfer-Ausgleich davon habe leiten lassen, dass eine Fallpauschale von 250 € pro Fall eingeführt werde. In der Vergangenheit seien teilweise bis zu 650 € pro Fall gezahlt worden.

MR Detlef Heinrich (JM) ist von einer Fallpauschale im Sinne einer zahlungswirksamen Pauschale nichts bekannt. Die Größenordnung von 250 € sei nach seiner Kenntnis eine Rechengröße; diesbezüglich werde er nachfragen.

Hans-Willi Körfges (SPD) meint, das Problem könne ja zwischen Regierungskoalition und Landesregierung ausdiskutiert werden. Er halte fest, dass es beim Täter-Opfer-Ausgleich eine radikale Absenkung des Ansatzes gebe.

Bei einer solchen Kürzung, meint **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, würden Mehrbedarfe an anderer Stelle produziert. Insofern sollte auch die Frage beantwortet werden, wie man diesen Mehrbedarf auffangen wolle. Es sei in der Tat so, wie Kollege Körfges es dargestellt habe, dass die Einrichtungen angesichts der geplanten Kürzungen tatsächlich Stellen streichen oder weniger Fälle bearbeiten müssten. Einsparpotenziale anderer Art sehe er da nicht.

Daran schließe sich seine Frage an, ob perspektivisch daran gedacht sei, dass dieser Bereich sozusagen gegen null gefahren und in irgendeiner Form staatlich betreut werde solle oder ob man da noch ganz andere Überlegungen anstelle. Auf jeden Fall werde das angedachte Konzept so nicht funktionieren, sondern eher nach hinten losgehen.

MR Detlef Heinrich (JM) antwortet, es werde an der Stelle kein Mehrbedarf produziert, zumindest nicht im stellentechnischen Sinne. Die Aufgaben würden zum Teil durch die vorhandenen Mitarbeiter der Gerichtshilfe wahrgenommen werden müssen.

Zu der weiter gehenden Frage, inwieweit geplant sei, den Täter-Opfer-Ausgleich, der im Gesetz fixiert sei und insoweit auch durchgeführt werden müsse, in staatliche, private oder sonstige Hände zu legen, könne er im Einzelnen hier nicht erörtern; denn derzeit werde dazu im Justizministerium ein Konzept erarbeitet, das aber noch nicht so weit gediehen sei, dass es kommunizierbar wäre.

Dr. Robert Orth (FDP) will die Diskussion bezüglich des Täter-Opfer-Ausgleichs nicht so im Raum stehen lassen. Fakt sei, dass inzwischen Fallpauschalen gezahlt würden. Bei Preisen zwischen 150 und 700 € habe man sich gefragt, mit welchem durchschnittlichen Preis man zurechtkommen könnte. Dass die Träger, die unwirtschaftlich gearbeitet hätten, mit der Pauschale Probleme hätten, sei naturgegeben. Auf der anderen Seite sei auch nicht zu verstehen, warum die Träger, die immer schon wirtschaftlich gearbeitet hätten, weiter unter der alten Regelung leiden sollten. Man gehe davon aus, dass man das gleiche Niveau aufrechterhalte und die Mittel nun zielgenauer einsetze.

Dieser Weg sei eine gute Möglichkeit, in Zukunft auch bei anderen Einrichtungen von der institutionellen Erstattung abzugehen und zu einer Erstattung der konkreten Leistung zu kommen.

Hans-Willi Körfges (SPD) kündigt an, dass man darüber sicherlich noch einmal im Rechtsausschuss debattieren werde, denn die Aussagen des Kollegen könnten so nicht stehen bleiben; denn dieser wisse sehr genau, wie unterschiedlich die Zuweisungspraxis und der Aufwand bei der Struktur der zu bearbeitenden Fälle seien, wenn es sich etwa um eine Bagatellkriminalität handele und ein Ausgleichsverfahren durchgeführt werde oder um schwerwiegendere Zusammenhänge. Von daher sollte man nur bei landeseinheitlichen Standards mit Pauschalen arbeiten. Eine Evaluation dazu sei ja bereits durchgeführt worden. Über das Thema könnte man sich aber noch im Fachbereich streiten. Für heute reichten ihm die gehörten Antworten.

Drogenberatung

Thomas Eiskirch (SPD) geht auf die Unterstützung der externen Drogenberatung ein. Da habe es im Ausschuss die Zusage von Frau Minister Müller-Piepenkötter gegeben, nicht auf die alten Haushaltsansätze, die im Gesundheitshaushalt veranschlagt gewesen seien, zurückzugehen und auch keine Umressortierung an der Stelle vorzunehmen, sondern aus eigenen Mitteln einen Betrag von 100.000 € für fünf JVA's zur Verfügung zu stellen, um zumindest auf kleinerer Flamme und auf Honorarbasis entsprechende externe Beratungen im Zusammenhang mit illegalen Drogen zuzulassen beziehungsweise gegenüber dem ursprünglichen Entwurf wieder zu ermöglichen. Sie habe weiter gesagt, das werde sie aus Mitteln des eigenen Einzelplans erwirtschaften. Da diese Ankündigung im Ausschuss gekommen sei, werde ein entsprechender Antrag zur Änderung des Haushaltsplansentwurfs wohl noch folgen. Er wolle wissen, wo sich die entsprechende Gegenfinanzierung im Einzelplan 04 finde.

MR Detlef Heinrich (JM) will zunächst die Zahl korrigieren: Man habe weiterhin aus Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales sechs Drogenberatungskräfte gefördert. Daneben gebe es in den Anstalten natürlich auch eine Drogenberatung, die mit eigenen Kräften durchgeführt werde. Darüber hinaus würden aus Mitteln des Einzelplans 04 – sprich aus sächlichen Verwaltungsausgaben – 100.000 € dafür freigezogen. Konkretes könne er heute dazu nicht mitteilen.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) ergänzt, man werde das Thema im Zuge der Ergänzungsvorlage in dem Sinne aufgreifen, wie es dargestellt worden sei.

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Erläuterungsband Vorlage 14/293

Kapitel 05 020: Allgemeine Bewilligungen

Titel 119 01: Vermischte Einnahmen

Rüdiger Sagel (GRÜNE) hätte im Berichterstattergespräch gerne dargelegt, warum bei diesem Einnahmetitel mit einer Steigerung des Ansatzes um 1,05 Millionen € gerechnet werde.

Titel 441 01: Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfenverordnung

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet zu erläutern, wie diese Ansatzserhöhung um 18,8 Millionen € zustande komme. – Nach Angaben von **LMR Willi Knevels (MSW)** lässt die Prognose eine solche Ausgabensteigerung erwarten. Eine maßgebliche Rolle spielten dabei die Lehrereinstellungen, denn mehr Personal verursache auch erhöhte Beihilfeaufwendungen.

Titel 542 01: Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Auf die Frage von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, warum die Ausgleichsabgabe auf null gesetzt werde, antwortet **MDgt Dr. Günter Berg (FM)**, die Schwerbehindertenquote von 5 % sei erreicht, sodass keine Abgabe mehr gezahlt werden müsse.

Kapitel 05 072: Landesförderungen der Weiterbildung

Titel 633 20: Zuweisungen für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden

Michael Groschek (SPD) bezeichnet es als Phänomen, dass die Regierung zugesagt habe, bei der Bildung nicht zu kürzen, gleichwohl aber die Mittel im Bereich der Weiterbildung um 5 Millionen € absenken wolle. Besonders gravierend sei das bei Titel 633 20 der Fall; denn die Zuwendungen an die Volkshochschulen der Gemeinden sollten um 2,4 Millionen € gekürzt werden.

Der Redner fragt, ob ausgeschlossen werden könne, dass es zu einer Verkürzung der Bildungslandschaft gerade in strukturschwächeren Gemeinden komme, oder ob die Landesregierung daran denke, beispielsweise mit dem Innenministerium eine Vereinbarung zu treffen, dass die kommunalen Kompensationsmittel nicht als freiwillige Ausgaben angesehen würden und somit trotz der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung geleistet werden könnten.

LMR Willi Knevels (MSW) räumt ein, dass die Ansätze im Bereich der Weiterbildung um etwa 5 Millionen € gekürzt würden, und zwar im Wesentlichen bei den Zuschüssen für die Einrichtungen der Weiterbildung in Trägerschaft der Gemeinden wie auch in anderer Trägerschaft. Er gehe davon aus, dass diese Kürzungen durch betriebswirtschaftliche Optimierungen, Kooperationen und auch durch Zusammenschlüsse von Einrichtungen verkraftet werden könnten.

Gleichwohl sei es richtig, dass bei der Bildung nicht gekürzt werde; denn der Einzelplan 05 habe ein gewisses Privileg und weise insgesamt eine Steigerungsrate von 2,44 % auf.

Michael Groschek (SPD) fragt nach, ob das heiße, dass die Landesregierung die Kürzung um 5 Millionen € bei der Weiterbildung nicht als Kürzung im Bildungsbereich begreife, sodass also der Weiterbildungssektor separiert und nicht mehr als zum Bildungssektor gehörig verstanden werde.

Die Reduzierung um 5 Millionen € im Weiterbildungsbereich sei ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, konstatiert **LMR Willi Knevels (MSW)**, so wie es auch bei einigen anderen Titeln im Einzelplan 05 Rückführungen gebe. Dennoch gebe es in der Summe im Einzelplan 05 eine deutliche Steigerung.

Michael Groschek (SPD) bittet festzuhalten, dass die Landesregierung eingestehe, dass auch im Bildungsbereich zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung gespart werde, und zwar zulasten der Weiterbildung in Trägerschaft der Gemeinden und in anderer Trägerschaft.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) widerspricht. Trotz aller Rabulistik sei festzustellen, dass es im Bereich der Bildung – zu der selbstverständlich auch die Weiterbildung gehöre – Verschiebungen gebe, dass es im Bildungssektor insgesamt aber eine erhebliche Verstärkung gebe, was sicherlich auch die Opposition anerkennen werde.

Michael Groschek (SPD) stellt daraufhin fest, auch in den Erläuterungen zu Titel 633 20 heiße es, dass „ab 2006 ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 20 % des Förderhöchstbetrags“ zu erbringen sei. Der Finanzminister sollte vielleicht seine mündlichen Ausführungen mit den schriftlichen Erläuterungen in Einklang bringen.

Trotz der Konsolidierungsbeiträge in einzelnen Etatpositionen bleibt es nach den Worten von **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** dabei, dass dem Bildungsbereich absolute Priorität zukomme und dort eine Verstärkung erfolge. Eine gegenteilige Aussage würde nicht der vollen Wahrheit entsprechen.

Kapitel 05 078: Schulaufsicht für die Grund- und Hauptschulen und für die Förderschulen

Titel 422 01: Bezüge der Beamtinnen und Beamten

Rüdiger Sagel (GRÜNE) möchte wissen, warum der Ansatz um 5,8 Millionen € auf 12,1 Millionen € ansteige, obwohl die Zahl der Planstellen um drei zurückgehe.

LMR Willi Knevels (MSW) führt aus, seit dem 1. Januar 2006 gebe es die Personal-ausgabenbudgetierung. Anders als in der Vergangenheit müsse nicht nur auf die korrekte Ausweisung der Stellen, sondern auch auf die korrekte Ausweisung der dafür benötigten Mittel geachtet werden. Bislang seien die Ausgaben für Mitarbeiter des Schulamtes teilweise in falschen Kapiteln gebucht worden. Jetzt werde die für die Schulämter anfallende Besoldung in diesem Titel ausgebracht.

Kapitel 05 300: Schulen gemeinsam

Titel 427 20: Vergütungen für Aushilfen

Michael Groschek (SPD) stellt fest, die Vergütungen für Aushilfen in allen Schulformen sollten zugunsten einer neu eingerichteten Vertretungsreserve für die Grundschulen im Umfang von 900 Stellen erheblich reduziert werden. Er wüsste gern, ob die Reduzierung des Vertretungsunterrichts in anderen Schulformen im Einklang stehe mit der Aussage der Schulministerin, den Unterrichtsausfall durch Lehrereinstellungen zu bekämpfen.

LMR Willi Knevels (MSW) erwidert, die Reduzierung des Ansatzes „Geld statt Stellen“ von 95,5 Millionen € auf 73,75 Millionen € bei gleichzeitiger Einrichtung von 900 Stellen für eine Vertretungsreserve für die Grundschulen bedeute nicht, dass beim Vertretungsunterricht für die anderen Schulformen gekürzt werde. Vielmehr würden Mittel, die bisher im Grundschulbereich in Form von Geldmitteln für Vertretungsunterricht eingesetzt worden seien, in reale Planstellen umgewandelt, sodass die Grundschulen demnächst über 900 zusätzliche Stellen verfügen könnten.

Dies werde in den Grundschulen sehr begrüßt, weil es Verlässlichkeit für die Schule, aber auch für die Lehrerinnen und Lehrer bedeute, die bisher nur mit befristeten Verträgen hätten eingestellt werden können. Über die neue Vertretungsreserve blieben die Lehrerinnen und Lehrer stabil dort eingesetzt, wo sie eingestellt worden seien.

Parallel dazu werde über die Stellen des Kapitels 05 300 auch eine Vertretungsreserve in den übrigen Schulformen aufgebaut. Es gebe also einen Zuwachs an Stellen, mit denen Vertretungsaufgaben wahrgenommen werden könnten. Daneben blieben für „Geld statt Stellen“ 73,75 Millionen € im Haushalt.

Michael Groschek (SPD) hätte gern detailliert, welche Verbände, Gewerkschaften beziehungsweise Interessenvertretungen die Kürzung des Ansatzes bei Titel 427 20 zugunsten der Einrichtung einer Vertretungsreserve für die Grundschulen im Umfang von 900 Stellen begrüßten.

Er habe bisher keine Stimmen gehört, die sich gegen die Einrichtung dieser 900 zusätzlichen Stellen für die Grundschulen ausgesprochen hätten, entgegnet **LMR Willi Knevels (MSW)**. Vielmehr werde das von der Fachwelt durchweg als guter und richtiger Schritt angesehen. Wenn demnächst Bewerber nicht befristet arbeiten, sondern als Beamte eingestellt werden könnten und verlässlich im Schulamtsbereich blieben, erhöhe das die Sicherheit für die Menschen in den Beschäftigungsverhältnissen und gewährleiste eine stabile Vertretungssituation in den Schulämtern.

Michael Groschek (SPD) bittet festzuhalten, die Landesregierung habe erklärt, dass sie in Teilen von dem Prinzip „Geld statt Stellen“ und von der flexiblen Personalbewirtschaftung abkehre und zu einer Verbeamtungsperspektive komme, beginnend mit dem Aufbau von 900 Stellen im Grundschulbereich. Das Prinzip „lebenslange berufliche Sicherheit“ gewinne damit Primat gegenüber dem Prinzip der flexiblen Antwort auf Lehrerengpässe.

Volkmar Klein (CDU) zeigt sich erstaunt darüber, dass Herr Groschek sich offensichtlich abende von einer Mindestverantwortung für die Menschen, die für das Land Nordrhein-Westfalen arbeiteten. In der Vergangenheit habe man immer wieder eine sehr große Unzufriedenheit gerade in den Grundschulen erlebt, wenn wieder „Geld-statt-Stellen“-Lehrkräfte die Schulen hätten verlassen müssen. Das sei eine schlimme Erfahrung für die Schülerinnen und Schüler wie auch die Eltern gewesen, und es sei auch keine gute Erfahrung für die Lehrerinnen und Lehrer, sich nicht darauf verlassen zu können, beim Staat eingestellt zu sein. Beides werde jetzt abgestellt und darüber hinaus noch ein erheblicher zusätzlicher Beitrag gegen den Unterrichtsausfall geleistet. Das festzuhalten halte er für besser als das, was Kollege Groschek – in völliger Abkehr von dem, wofür Sozialdemokraten sonst einstünden – verkündet habe.

Horst Becker (GRÜNE) fragt Herrn Klein, ob er zustimmen könne, dass Sicherheit – wenn diese zum obersten Primat erhoben werde – auch ohne Verbeamtungen, sondern auch auf anderem Wege zu erreichen wäre und deshalb der Beamtenstatus nicht zwingend erforderlich sei.

Michael Groschek (SPD) würde vor allem interessieren, ob die Landesregierung die Auffassung des finanzpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion teile, dass zur Sicherheit der Landesbediensteten eine Verbeamtungsperspektive erforderlich sei und ob das mit den personalpolitischen Leitlinien des Finanzministers im Einklang stehe.

Norbert Post (CDU) bemerkt, hier gehe es nicht um Verbeamtung, sondern darum, dass Vertretungsunterricht erteilt werde. Das sei mit zusätzlichen Stellen besser möglich als auf die Art, wie es die frühere Landesregierung versucht habe.

Dass für Herrn Klein die Mindestverantwortung für die Menschen, die für das Land arbeiteten, „Verbeamtung“ heiße, findet **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** merkwürdig, denn Herr Klein habe früher etwas ganz anderes gesagt.

Volkmar Klein (CDU) stellt klar, es gehe nicht um die Frage der Verbeamtung, sondern allein darum, ob der Vertretungsunterricht durch „Geld statt Stellen“ oder durch Stellen besser sichergestellt werden könne. Die Landesregierung schlage mit dem Haushaltsentwurf vor, „Geld statt Stellen“ durch „Stellen“ zu ersetzen, und er habe in seinem Beitrag unterstrichen, dass das nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer besser sei. Nach Meinung der CDU-Fraktion sei Vertretungsunterricht mit Stellen mit einer größeren Kontinuität zu gewährleisten als durch das in der Vergangenheit von vielen Seiten als ungut kritisierte Instrument „Geld statt Stellen“. Nichts anderes habe er gemeint.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) entgegnet, „Stellen“ bedeute aber, dass die Personen als Landesbeamte eingestellt würden, und das sei nicht flexibel. Im Übrigen sei in der Vergangenheit nur kritisiert worden, dass das Programm „Geld statt Stellen“ möglicherweise nicht ausreiche.

Nach dieser Diskussion, die er mit großer Aufmerksamkeit verfolgt habe, bittet **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** Herrn Groschek, zu bestätigen, dass er für die Zukunft dafür plädiere, Lehrer nicht mehr zu verbeamten, sondern generell als Angestellte einzustellen.

Es gehe nicht um seine persönliche Meinung zur Zukunft des öffentlichen Dienstes, erwidert **Michael Groschek (SPD)**, sondern um die Aussage von Herrn Klein, dass mit der Perspektive der Unsicherheit bei „Geld statt Stellen“ Schluss sei und die Perspektive der Sicherheit durch Festeinstellungen dagegen gesetzt werde.

Ihn interessiere, ob die CDU-Fraktion denn nun dafür sei, auch bei den weiterführenden Schulen das System „Geld statt Stellen“ durch das System der Festeinstellungen zu ersetzen und wie sich das auf die Einstellungszusage der Schulministerin, bezogen auf die absolute Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, auswirke.

Auf den Einwurf von **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)**, seine Frage sei nicht beantwortet, entgegnet **Michael Groschek (SPD)**, die SPD-Fraktion halte das Programm „Geld statt Stellen“ nach wie vor für wichtig, um flexibel und variabel Personal einsetzen zu können. Herr Klein habe sich in eine Sackgasse begeben.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen in einem Konkurrenzkampf um Lehrerinnen und Lehrer befinde, wobei auch

die Perspektive der Verbeamtung eine Rolle spiele. Von daher sei seine Fraktion für eine flexible Lösung eingetreten, obwohl sie grundsätzlich daran festhalte, den Beamtenstatus abzuschaffen. Wenn die Landesregierung die Initiative zur Abschaffung des Beamtenstatus ergreife – die meisten Länder seien ja CDU-regiert –, wäre das großartig und hätte langfristig auch den Effekt, den Landeshaushalt von Pensionslasten zu befreien. Die Realität sei jedoch, dass die Landesregierung und die CDU-Fraktion jetzt den Weg verfolgten, von einer flexiblen Lösung wegzukommen, noch mehr Menschen zu verbeamten und langfristig noch mehr Pensionen bezahlen zu müssen.

LMR Willi Knevels (MSW) bemerkt, in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung sei von der Abgeordneten Beer gefragt worden, wann denn die im letzten Jahr eingestellten Lehrerinnen und Lehrer ins Beamtenverhältnis übernommen würden. Er habe das eher als Plädoyer der Fraktion der Grünen für die Übernahme von Lehrerinnen und Lehrer ins Beamtenverhältnis verstanden.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bezeichnet es als problematisch, die nicht anwesende Frau Beer so zu zitieren und zu interpretieren, was sie gemeint habe. Frau Beer habe seines Wissens lediglich die Frage gestellt, wann die Landesregierung vorhabe, diese Lehrerinnen und Lehrer zu verbeamten. Daraus zu schließen, dass sich die Fraktion der Grünen für Verbeamtungen ausspreche, sei eine völlige Fehlinterpretation.

Sodann widerspricht **LMR Willi Knevels (MSW)** der These, dass das Instrument „Geld statt Stellen“ flexibler sei als das Instrumentarium der Vertretungsreserve. Das Gegenteil sei der Fall. Die Vertretungsreserve diene der Optimierung der Unterrichtsversorgung an Grundschulen. Auch die anderen Schulformen blieben nicht beschränkt auf die Mittel „Geld statt Stellen“, sondern parallel dazu werde eine Vertretungsreserve aufgebaut. Bei den Gymnasien sollten 500 Stellen, bei den Hauptschulen ebenfalls 500 Stellen und bei Realschulen 250 Stellen für diesen Zweck geschaffen werden. Das sei für die Schulen ein deutlicher Sprung nach vorn.

Norbert Post (CDU) betont, es habe in der Vergangenheit mit „Geld statt Stellen“ Probleme gegeben, Lehrerstunden schnell zur Verfügung zu stellen. Stellen einzurichten sei für die Schulen wie auch für die Schülerinnen und Schüler besser – ob Beamtenstellen oder Angestelltenstellen, lasse er einmal dahingestellt.

Titelgruppe 82: Innovationsfonds für Schule

Der Bitte von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, aufzuschlüsseln, für welche Maßnahmen die veranschlagten 2,2 Millionen € ausgegeben werden sollten, wird **LMR Willi Knevels (MSW)** im Berichterstattergespräch nachkommen.

Kapitel 05 410: Öffentliche Berufskollegs

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet um Auskunft, warum die Gesamtausgaben dieses Kapitels um 189,9 Millionen € anstiegen, obwohl die Zahl der Planstellen laut Seite 232 des Haushaltsentwurfs um 166 abgebaut werde. – **LMR Willi Knevels (MSW)** weist darauf hin, dass es hier im Wesentlichen um den Besoldungsaufwand sämtlicher Lehrerinnen und Lehrer am Berufskolleg gehe. Er könne das im Berichterstattergespräch im Detail erläutern.

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Erläuterungsband Vorlagen 14/211 und 14/212

Kapitel 08 010: Ministerium

Titel 526 01: Sachverständige

Titel 531 10 und 541 10: Veröffentlichungen, Dokumentationen und Veranstaltungen

Thomas Eiskirch (SPD) trägt vor, bei den Ausgaben in Titel 526 01 gebe es eine Ansatzerhöhung um 174.200 € auf 410.000 €. 300.000 € davon seien für Sachverständige veranschlagt. Hiermit würden auch Ergebnispräsentationen ihrer Arbeit finanziert, also eine Darstellung von Politik. Gleichzeitig werde im selben Kapitel unter Titel 531 10 und 541 10 jeweils etwas Ähnliches finanziert. Er wolle wissen, ob solche Ansatzerhöhungen notwendig seien, wo doch in allen Förderbereichen durchschnittlich um 20 % reduziert worden sei.

MR Fred Kröger (MWME) führt aus, der Titel 526 01 beinhalte zum einen den Ansatz von 300.000 € für die Sachverständigen und Fachbeiräte. Die übrigen dort veranschlagten Ansatzmittel seien für spezielle andere Zwecke vorgesehen, insbesondere für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Privatisierung des Materialprüfungsamtes. Wenn man diese Steigerung bei Titel 526 01 mit dem Ansatz von 2005 vergleiche, sollte berücksichtigt werden, dass gerade der Einzelplan 08 durch die Neuorganisation der Landesregierung eine entscheidende Veränderung erfahren habe. Der damalige Kernbereich sei der Verkehrshaushalt gewesen, und der jetzige Kernbereich sei der Wirtschaftshaushalt.

Insofern seien die Ansätze von der Systematik her nicht mehr vergleichbar. Der hier abgebildete Ansatz 2005 beinhalte den Ansatz aus dem damaligen Verkehrsbereich, der im Rahmen der Umsetzungen nach der Neuorganisation der Landesregierung korrigiert worden sei.

Thomas Eiskirch (SPD) merkt an, er habe in die beiden alten Einzelplänen 15 und 08 einmal hineingeschaut, um sich zu vergewissern, ob es eine inhaltliche Veränderung gebe. Dabei sei er zu dem Ergebnis gekommen, dass man nämlich sehr wohl die den

aktuellen Einzelplan 08 betreffenden Dinge auch im Ansatz 2005 zusammengezogen habe. Insofern werde an dieser Stelle ganz deutlich erhöht.

Im Übrigen sei Titel 541 10 für die Durchführung von Wirtschaftsgesprächen vorgesehen, obwohl es im gleichen Kapitel auch den Titel 531 10 gebe, der für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Veranstaltungen auch vorgesehen sei. Beide Titel hätten sich somit insgesamt um 139.000 €, also um plus 40 % erhöht. Die Mehrausgaben bei diesen beiden Titel und beim Titel 526 10 betrügen zusammen 300.000 €. Da es bei diesen Titeln darum gehe, Ergebnisse von Politik nach außen darzustellen, wolle er gern wissen, welche Art von Öffentlichkeitsarbeit damit betrieben werden solle. Denn in den Vorjahren sei es nach den alten Einzelplänen auch möglich gewesen, entsprechende Dinge der Öffentlichkeit zu präsentieren.

MR Fred Kröger (MWME) weist zunächst einmal darauf hin, dass eine der wesentlichen Ursachen tatsächlich die Ansatzveränderungen im Rahmen der Neuorganisation seien. Die Unterschiede zwischen den Titeln 526 01, 531 10 und 541 10 seien haushaltssystematisch bedingt. Aus Titel 531 10 habe man in der Vergangenheit Veröffentlichungen, Dokumentationen und Veranstaltungen finanziert, während der Titel 541 10 aus dem Wirtschaftsbereich hinzugekommen sei. Er räume ein, man hätte eigentlich in der Zweckbestimmung bei Titel 531 10, der auch nach der Haushaltssystematik ein Titel für Veröffentlichungen sei, das Wort „Veranstaltungen“ streichen müssen.

Von der Sache her sei der Mehraufwand insbesondere damit zu begründen, dass im Wirtschaftsbereich andere Aufgaben als im Verkehrsbereich zu erfüllen seien. Dies gelte beispielsweise für den jährlich zu erstellenden Jahreswirtschaftsbericht und dessen Präsentation, eine Maßnahme, die es im bisherigen Ressortzuschnitt nicht gegeben habe.

Thomas Eiskirch (SPD) kündigt an, die Frage im Berichterstattergespräch erneut zu stellen. Der Haushalt sollte so aufgebaut sein, dass er mit dem, was in 2005 in anderen Einzelplänen für die gleichen Aufgaben zur Verfügung gestanden habe, auch verglichen werden könne. Den Jahreswirtschaftsbericht habe es vorher ja auch gegeben. Und bei den „Wirtschaftsgesprächen“ stehe bei 2005 ein Nullansatz, obwohl diese inhaltlich woanders verortet und deswegen hierhin übertragbar gewesen wären.

MR Fred Kröger (MWME) will diese Frage am Beispiel des Jahreswirtschaftsberichts und dessen Präsentation verdeutlichen. Dieser Jahreswirtschaftsbericht werde üblicherweise zu Beginn eines Jahres erstellt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Jahre 2005 sei dieses bereits durch das damalige Wirtschaftsministerium abgedeckt worden, sodass Mittel für den Jahreswirtschaftsbericht 2005 und dessen Präsentation im Einzelplan 08 unter der Rubrik Ansatz 2005 nicht enthalten seien. Das sei der Grund, warum beide Ansätze nicht vergleichbar seien.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) ergänzt, es handele sich hier um ein generelles Problem, das es in vielen Einzelplänen gebe. Durch die Umressortierung seien unter der Spalte Ansatz 2005 Ansätze oder Teilansätze umgesetzt. Bei den Titeln Öffentlichkeitsarbeit

beziehungsweise Gutachten seien im Jahre 2005 nur die Bereiche umgesetzt worden, bei denen es noch freie Mittel gegeben habe. Insofern sei der Ansatz 2006, der alles enthalte, mit dem Ansatz 2005, der nur die freien umgesetzten Mittel enthalte, nicht immer vergleichbar. Auf diese Weise kämen die sogenannten höheren Zuwächse zustande.

MR Fred Kröger (MWME) fügt an, natürlich habe der Finanzminister sehr darauf geachtet, dass es aufgrund dieser Umsetzung nicht insgesamt zu einer Ausweitung von Sachausgaben gekommen sei. Das beziehe sich sowohl auf den Einzelplan 08 als auch auf den Einzelplan des ehemaligen Wirtschaftsministeriums. – Diese Praxis, sozusagen nur die freien Bereiche umzusetzen, merkt **Thomas Eiskirch (SPD)** an, mache zumindest für die Abgeordneten die Vergleichbarkeit deutlich schwerer.

Titel 547 63: Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben

Thomas Eiskirch (SPD) verweist auf die Erläuterungen, in denen auf den Vorjahrestitel 526 12 verwiesen werde. Er bitte um entsprechende Auskunft, gegebenenfalls zum Berichterstattergespräch.

Kapitel 08 020: Allgemeine Bewilligungen

Titel 972 10: Globale Minderausgabe

Thomas Eiskirch (SPD) bemängelt, dass sich hierzu nirgendwo Erläuterungen fänden.

MR Fred Kröger (MWME) antwortet, es handele sich hier um eine zu erwirtschaftende globale Minderausgabe, mit der der Einzelplan 08 belastet worden sei.

Thomas Eiskirch (SPD) bittet darum, im Berichterstattergespräch erläutert zu bekommen, was sich dahinter verberge.

MR Fred Kröger (MWME) merkt an, das sei mit einem Satz gesagt: Man müsse diese globale Minderausgabe, da sie im Haushalt veranschlagt sei, im Einzelplan 08 erwirtschaften.

Thomas Eiskirch (SPD) meint, hier sei also das geschehen, was der Finanzminister eigentlich nicht gewollt habe, nämlich die Veranschlagung einer globalen Minderausgabe in einem Einzelplan, weil die Ausgabepositionen im Einzelplan 08 nicht auf das angestrebte Maß hätten beschränkt werden können.

MR Fred Kröger (MWME) verweist zum Hintergrund der Veranschlagung der globalen Minderausgabe auf den Titel 671 00 – Erstattungen an den Bund. Dieses sei eine Be-

lastung aus dem alten Einzelplan 08, die aus dem HDO-Vergleich herrühre, und diese Belastung müsse nun im vorliegenden Einzelplan 08 getragen werden.

Kapitel 08 030: Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes

Titel 546 05 ff.: Entgelte

Thomas Eiskirch (SPD) erinnert an den Bericht von Ministerin Thoben, in dem als ein Schwerpunkt die Mittelstandsförderung beschrieben worden sei. Von den nach den bekannten Kürzungen verbleibenden Geldern bezögen sich 180.000 auf die Durchführung der Meistergründungsprämie, 900.000 auf Entgelte an die NRW.BANK und 920.000 auf Entgelte für Förderprogramme. Vorher seien die gesamten Mittel in dem Titel „Entgelte an die NRW.BANK“ bei gegenseitiger Deckungsfähigkeit zu finden gewesen.

Er wolle gern wissen, ob das bedeute, dass früher alle Förderprogramme über die NRW.BANK abgewickelt worden seien und für 2006 beabsichtigt sei, nicht alle Förderprogramme über die NRW.BANK abzuwickeln. Des Weiteren bitte er um Erläuterung, was die gegenseitige Deckungsfähigkeit in dem Falle bedeute.

MR Fred Kröger (MWME) bezeichnet es als richtig, dass dieser Bereich in der Vergangenheit in einem Titel veranschlagt gewesen sei. Aus Gründen der Haushaltssystematik und der besseren Vergleichbarkeit habe der Finanzminister darum gebeten, diese Dinge in allen Einzelplänen prinzipiell zu trennen, also für die Entgeltzahlungen an die NRW.BANK besondere Titel einzurichten und diese zu separieren von Entgelten, die andere private Träger bekämen. Das habe nichts mit der Veränderung bei der Abwicklung der Förderprogramme zu tun.

Thomas Eiskirch (SPD) hält fest, dass also vorher zwar der Titel „Entgelte an die NRW-BANK“ gelautet habe, aber sich dahinter auch Förderprogramme verborgen hätten, die nicht über die NRW.BANK abgewickelt worden seien. Der Deckungsverbund bedeute also nicht, dass ein Weg von Förderprogrammen über die NRW.BANK hin zu einer Abwicklung von Förderprogrammen über private Dritte angestrebt werde. –

MR Fred Kröger (MWME) bestätigt dies.

Thomas Eiskirch (SPD) schließt daraus, dass also eine weitere Verdichtung der Förderprogramme auch aus dem Einzelplan 08 bei der NRW.BANK stattfinden solle. Die von ihm angesprochene Problematik habe also allein mit der Titelsystematik zu tun, und man sei entgegen der Kurzbeschreibung des Titels auch früher so verfahren. – Auch dies bestätigt **MR Fred Kröger (MWME)**.

Titel 683 64: Meistergründungsprämie

Thomas Eiskirch (SPD) stellt fest, dieser um 2 Millionen € erhöhte Titel beziehe sich nur auf Meistergründungsprämien in Nicht-Ziel-2-Gebieten. Die Meistergründungsprä-

mie in Ziel-2-Gebieten betrage pro Gründung weiterhin das Doppelte und werde aus den Ziel-2-Mitteln bestritten. Im Haushalt sei für ihn nicht nachlesbar, welcher Anteil der gesamten Ziel-2-Mittel auf diesen Bereich entfalle. Er wolle gern erfahren, wie viel das in den letzten Jahren gewesen sei und wie viel von den bestehenden Ziel-2-Mitteln angesichts des um 20 % reduzierten Anteils bei der Kofinanzierung für die Meistergründungsprämie in den Ziel-2-Gebieten veranschlagt sei.

MR Fred Kröger (MWME) vermag heute leider nur zu sagen, dass jeder gestellte Antrag auch bedient werde. Das sei sowohl hinsichtlich der Gebietskulisse Ziel 2 als auch außerhalb der Gebietskulisse sichergestellt. Das Zahlenmaterial habe er nicht zur Hand, er könne dies aber gerne nachreichen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) hat gegebenenfalls zum Berichterstattergespräch hierzu noch Erklärungsbedarf. Dieser Topf sei ja für Meistergründungsprämien in Nicht-Ziel-2-Gebieten vorgesehen. Die Förderung in Ziel-2-Gebieten betrage bisher 10.000 €, in Nicht-Ziel-2-Gebieten 5.000 €. Wenn das nicht auf 10.000 € angepasst werde, wie es ursprünglich gewesen sei, werde es problematisch. Denn der Topf könne nur ausgeschöpft werden, wenn man tatsächlich auf die 10.000 € gehe. Das sei aber nicht gemacht worden, sondern man wolle die Spreizung in der Form beibehalten.

Deswegen wolle er gerne, wie es Kollege Eiskirch auch gefordert habe, genauen Aufschluss über die tatsächlichen Abflüsse und darüber, wie man zukünftig weiter verfahren wolle. Gegenwärtig erscheine das Ganze als Sparkasse und bringe in der Summe und Sache letztendlich überhaupt nichts.

Thomas Eiskirch (SPD) bittet darum, dieses Thema im Berichterstattergespräch zu klären.

Titelgruppe 97: Tourismus, Kreativwirtschaft

Thomas Eiskirch (SPD) merkt weiter an, in der Einführungsrede der Ministerin finde sich beim Schwerpunkt Tourismus und Kreativwirtschaft der Satz: „Das Grundprinzip der Tourismusförderung besteht darin, Landesmittel vor allem für Projekte und nicht mehr für Institutionen bereitzustellen.“ Bei Titel 683 97 und 685 97 fänden sich Veränderungen bei den Zuschüssen für laufende Zwecke. Bei den öffentlichen Einrichtungen – NRW Tourismus e. V. – gebe es eine Reduzierung um fast 1 Million € und bei den privaten Unternehmen eine Steigerung um 800.000 €. Er bitte um Erläuterung, was diese Verschiebung inhaltlich bedeute.

Im Erläuterungsteil werde dargestellt, dass es bei NRW Tourismus e. V. eine Verstärkung der institutionellen Förderung und eine Reduzierung der Projektmittel von ca. 1,3 Millionen € auf exakt 0 € gebe. Das entspreche auch nicht dem, was in den Erläuterungen in den Absätzen darüber dargestellt werde. Er wolle gern wissen, wie das inhaltlich zu bewerten und zu verstehen sei.

MR Fred Kröger (MWME) geht zunächst einmal auf die Frage der Veranschlagung ein und führt zu den Titeln 683 97 und 685 97 aus, dass diese lediglich aus Gründen der Haushaltssystematik so auseinander gezogen worden seien, um zwischen Zuschüssen an private Institutionen und an öffentliche Einrichtungen zu unterscheiden. Davon abgesehen seien diese Titel untereinander deckungsfähig. Im Endeffekt würden die tatsächlich anfallenden Ausgaben dann dem der Haushaltssystematik entsprechenden Titel zugeordnet.

Die Aussage von Frau Ministerin Thoben, weg von der Förderung von Institutionen hin zu der Förderung von Projekten, sei eine sehr generelle. In der Vergangenheit seien ja unterschiedliche Institutionen, Verkehrsverbände gefördert worden. Die einzige institutionelle Förderung, die im Bereich der Tourismusförderung noch vorgenommen werde, sei die institutionelle Förderung des Tourismusverbandes. Herr Eiskirch habe mit Recht darauf hingewiesen, dass die hier veranschlagte Ansatzserhöhung ein Stück weit damit zusammenhänge, dass bei der Finanzierung von Maßnahmen, die der Tourismusverband durchführe, wie auch in der Vergangenheit zwischen solchen Maßnahmen unterschieden werde, die dem Kernbereich des Tourismusverbandes, also Aufgaben mit einem gewissen Dauercharakter, zuzuordnen seien und solchen Aufgaben, die nur zeitweise sporadisch anfielen und davon abhängig seien, ob sich die übrigen Akteure im Tourismusbereich an der Finanzierung beteiligten. Es habe bei der Abwägung, welche Förderbereiche dem Kernbereich und welche der Projektförderung zuzuordnen seien, eine gewisse, aber relativ marginale Verschiebung in Richtung Kernbereich gegeben.

Thomas Eiskirch (SPD) meint, wenn bei NRW Tourismus e. V. die Projektförderung seitens des Landes um ca. 1,3 Millionen € gesenkt und sozusagen auf null gesetzt werde und nur die institutionellen Bereiche – also die Hülle – weiterfinanziert werde, werde inhaltlich, nämlich in den Projekten, immer weniger geschehen.

MR Fred Kröger (MWME) verneint dies. Es sei zwar richtig, dass die Fördermittel, soweit sie aus reinen Landesmitteln finanziert würden, natürlich auch an den Sparmaßnahmen beteiligt seien, aber die Hauptfinanzierungsquelle für Projektförderungen, die über den Tourismusverband abgewickelt würden, sei nicht die Titelgruppe 97, sondern es seien die NRW/EU-Mittel. Insofern seien die Sparmaßnahmen bei der Projektförderung im Tourismusbereich eine völlig zu vernachlässigende Größenordnung.

Thomas Eiskirch (SPD) hält dem entgegen, dass die Kürzung von 1,3 Millionen € auf null schon ein bisschen mehr sei als die generelle 20%-Kürzung im Projektbereich. Er bitte daher darum, zum Berichterstattergespräch eine Übersicht zu bekommen, was im letzten Jahr aus den ca. 1,3 Millionen € finanziert worden sei, um ein Gefühl dafür zu bekommen, was sich inhaltlich hinter der Kürzung verberge. – **MR Fred Kröger (MWME)** sagt dies zu.

Hochschulgründungsfonds

Rüdiger Sagel (GRÜNE) möchte angesichts der Darstellung der Ministerin in den ergänzenden Erläuterungen – Vorlage 14/296 – wissen, ob es schon einen Mittelzufluss an die NRW.BANK zur Fondseinrichtung gegeben habe, und wenn ja, in welcher Höhe und mit der Bitte um Beantwortung der Frage, wie sich die Förderkonditionen dafür gestalteten. – **MR Fred Kröger (MWME)** sagt eine Beantwortung im Berichterstattergespräch zu.

(Vorsitzende Anke Brunn übernimmt den Vorsitz.)

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Erläuterungsband Vorlage 14/214

Kapitel 10 010: Ministerium

Titel 422 01 ff.: Personalausgaben

Gisela Walsken (SPD) hat festgestellt, dass die Zahl der Personalstellen im Ministerium um drei ansteige – das sei auch in Ordnung –, sodass sie annehme, dass im nachgeordneten Bereich umso mehr Stellen abgebaut würden. Dies bitte sie zu konkretisieren.

MDgt Winfried Pudenz (MUNLV) führt aus, die Erhöhung der Stellenzahl im Ministerium betreffe nur die Stellen, die mit dem Nachtragshaushalt aufgrund der Regierungsneubildung dazugekommen seien. Der Geschäftsbereich des MUNLV habe aufgrund der 1,5-prozentigen Stellenkürzung 76 kw-Vermerke bekommen. Aufgrund der Altersabgänge könnten voraussichtlich 31 bis 35 dieser Stellen im Jahr 2006 abgebaut werden; das Ministerium selbst sei mit drei bis vier Altersabgängen daran beteiligt.

Der Bitte von **Gisela Walsken (SPD)**, das im Berichterstattergespräch zu präzisieren, wird **MDgt Winfried Pudenz (MUNLV)** entsprechen.

Titel 511 01 ff.: Sächliche Verwaltungsausgaben

Gisela Walsken (SPD) bittet zu begründen, warum bei verschiedenen Titeln erhebliche Ansatzserhöhungen vorgesehen seien. – Diese Mittelaufstockungen sind nach Angaben von **MDgt Winfried Pudenz (MUNLV)** für die Umsetzung der Kosten-Leistungsrechnung, die Einführung eines Controlling-Berichtswesens sowie die Einführung des Förderprogramm-Controllings vorgesehen. Das Ministerium könne das nicht alleine leisten, sondern möchte sich dazu externer Hilfe bedienen.

Kapitel 10 020: Allgemeine Bewilligungen

Titel 541 00: Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fragt, warum laut Erläuterungen zu diesem Titel für landwirtschaftliche Messen und Fachtagungen deutliche Aufstockungen vorgenommen würden, während die Zuschüsse für viele andere Veranstaltungen, nach seinem Eindruck insbesondere im Umweltbereich, auf null gesetzt werden sollten.

Hier handele es sich um eher redaktionelle Änderungen, stellt **MDgt Winfried Pudenz (MUNLV)** klar. Im Haushaltsentwurf 2006 seien Agrarmessen und -ausstellungen unter einer Ziffer zusammengefasst worden. Dahinter verberge sich keine Ansatzserhöhung. Auf der anderen Seite seien auch die Umweltausstellungen in einer Ziffer zusammengefasst worden; darin sei alles enthalten, was bislang einzeln aufgeführt worden sei.

Titel 686 10: Zuschüsse und Beiträge an Vereine, Organisationen usw.

Gisela Walsken (SPD) hat den Erläuterungen zu diesem Titel entnommen, dass die Zuschüsse an die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald erheblich ansteigen sollten, während die Zuschüsse an andere Vereine, insbesondere an das Landesbüro der Naturschutzverbände und an die Landesinitiative Zukunftsenergien deutlich reduziert würden. Sie würde gerne die Motive dafür erfahren.

MDgt Winfried Pudenz (MUNLV) erläutert, bei der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald handele es sich um eine gemeinsame Finanzierung. Wenn Nordrhein-Westfalen seine Beiträge reduziere, habe das zur Folge, dass auch andere damit heruntergingen; das sei das Schicksal der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in den letzten Jahren gewesen. Das Land wolle deshalb seinen Beitrag 2006 etwas anheben, damit sich die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald überhaupt finanzieren könne.

Titelgruppe 65: Kleingartenwesen

Gisela Walsken (SPD) würde sich für die Meinung der ehemaligen Oppositionsfraktionen dazu interessieren, dass das Kleingartenwesen, obwohl es nach der Landesverfassung zu fördern sei, an den 20-prozentigen Kürzungen teilhaben solle. Sodann wüsste sie gern, wie diese Kürzung umgesetzt werden solle. Die Frage könne auch schriftlich beantwortet werden.

Kapitel 10 040: Verbraucherangelegenheiten

Titelgruppe 61: Verbraucheraufklärung, Verbraucherberatung, Verbraucherschutz

Gisela Walsken (SPD) legt dar, im Fachausschuss sei ausgeführt worden, dass die Mittel für die Verbraucherberatung um 5 % gekürzt werden sollten. Die Bezuschussung setze sich jedoch aus zwei Positionen zusammen, nämlich den institutionellen Mitteln des Titels 684 61 und den projektgebundenen Zuschüssen des Titels 686 61. Bei den institutionellen Mitteln werde in der Tat um 5 % gekürzt. Die Projektzuschüsse sollten jedoch von 3,07 Millionen € auf 1,97 Millionen €, also um mehr als ein Drittel, reduziert werden. Hinzu komme, dass auch die kommunalen Mittel zurückgeführt würden, weil sie vielfach an die Höhe der Landeszuschüsse gebunden seien. Somit müsse ja wohl mit einer deutlichen substantiellen Reduktion im Netz der Verbraucherberatung gerechnet werden.

Die Abgeordnete möchte von der Landesregierung erstens wissen, wie sie gerechnet habe, und zweitens, wie sie glaube, diese Kürzungen umsetzen zu können.

MDgt Winfried Pudenz (MUNLV) führt aus, die institutionellen Zuschüsse würden um 5 % gekürzt, und zwar genau deshalb nur um 5 %, damit die komplementären Mittel der Kommunen nicht weiter zurückgingen.

Bei den Projektmitteln des Titels 686 61 sei zu berücksichtigen, dass diese nicht nur für Projekte der Verbraucherverbände, sondern in der Vergangenheit auch für andere Projekte verausgabt worden seien. Des Weiteren sei ein größeres Projekt ausgelaufen, so dass die Mittel nicht mehr in der bisherigen Höhe erforderlich seien.

Da die Verbraucherzentralen dies anders darstellten, hätte **Gisela Walsken (SPD)** gerne gewusst, welches größere Projekt ausgelaufen sei, sodass Mittel in einer solchen Höhe nicht mehr benötigt würden. – Es handele sich um die Energieberatung, antwortet **MDgt Winfried Pudenz (MUNLV)**. Sie sei zum Teil ausgelaufen, und zum Teil werde sie ohnehin als Daueraufgabe von den Verbraucherzentralen geleistet. Genauere Zahlen werde er im Berichterstattergespräch nachliefern.

Kapitel 10 120: Landesumweltamt, Staatliche Umweltämter

Titel 099 00: Wasserentnahmeentgelt

Rüdiger Sagel (GRÜNE) würde interessieren, wie sich die Einnahmeposition im Detail zusammensetze. Vielleicht könne zum Berichterstattergespräch eine Aufstellung vorgelegt werden, welche Gruppe wie viel Entgelte im Jahre 2005 entrichtet habe. Außerdem wüsste er gern, warum der Einnahmenansatz so deutlich von dem Ist des Jahres 2004 abweiche.

MDgt Winfried Pudenz (MUNLV) legt dar, der Ist-Ansatz des Jahres 2004 sei deshalb so niedrig, weil noch Verfahren offen seien, über die noch gestritten werde. Eine Aufschlüsselung der Einnahmen könne zum Berichterstattergespräch geliefert werden.

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Erläuterungsbände Vorlagen 14/283 und 14/305

Zu diesem Einzelplan generell möchte **Harald Schartau (SPD)** erstens vom Finanzminister wissen, ob zwischen Finanzministerium und Landesrechnungshof über den Gegenstand und über den Umfang der Prüfungen durch den Landesrechnungshof eine übereinstimmende Auffassung bestehe, und zweitens, ob es nach Auffassung des Finanzministeriums eine kritische Grenze gebe, ab wann der Umfang der Aufgaben vom Landesrechnungshof mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zufrieden stellend erledigt werden könne. Mit diesen Fragen klammere er den Grunddissens aus, der an anderer Stelle geklärt werden müsse.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) antwortet, der Landesrechnungshof sei mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestattet und könne deshalb über Art, Umfang und Intensität der Prüfungen in eigener Vollmacht bestimmen. Nach Meinung der Landesregierung könne der Landesrechnungshof trotz der personellen Kürzungen, die in diesem Jahr vorgenommen würden, seine Aufgaben in vollständigem Umfang erfüllen. Es sei vielleicht unglücklich gewesen, dass über die Öffentlichkeit ein Dissens intoniert worden sei, bevor ein Gespräch stattgefunden habe. Über die Weiterungen in den Folgejahren müssten seines Erachtens mit der Präsidentin des Landesrechnungshofs noch intensive Gespräche geführt werden.

Kapitel 13 020: Allgemeine Bewilligungen

Titel 441 01: Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfenverordnung

Auf die Bitte von **Harald Schartau (SPD)**, den Grund für die Ansatzserhöhung um fast 130.000 € auf 1,11 Millionen € darzulegen, teilt **LMR Wolfgang Krantz (LRH)** mit, der Ansatz ergebe sich aus der Ist-Zahl des Jahres 2004 plus einer Erhöhung um 10 %, die vom Finanzministerium so vorgesehen worden sei.

Die Zusatzfrage von **Harald Schartau (SPD)**, ob die Krankheitsquote im Landesrechnungshof höher sei als bei anderen Landeseinrichtungen, verneint **LMR Wolfgang Krantz (LRH)**. Der Krankenstand sei eher geringer. Genaue Zahlen könne er im Berichterstattergespräch nachreichen.

Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration
Erläuterungsband Vorlage 14/297

Kapitel 15 035: Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann

Titelgruppe 61: Beratungseinrichtungen für Frauen und Schutz vor Gewalt gegen Frauen

Titelgruppe 62: Frauen und Beruf

Gisela Walsken (SPD) merkt an, wie ihr mitgeteilt worden sei, habe Minister Laschet heute Morgen in der Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik darauf hingewiesen, dass einzelne Haushaltsstellen verändert werden müssten, und er habe auch dezidierte Zahlen genannt. Dazu liege ihr ebenfalls ein Schreiben aus dem entsprechenden Ministerium vor. Sie wolle gerne wissen, ob damit abweichend vom geordneten Verfahren ein neues Verfahren eingeführt werde. Es gehe um die Titelgruppen 61 und 62, wo insbesondere Mittel in den Titeln 633 62 und 684 62 reduziert worden seien. Sie bitte klarzustellen, warum es dort zu Veränderungen komme.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) hält es für schwierig, die tatsächlichen Äußerungen des Ministers nachzuvollziehen, da man ja nicht selbst an der Sitzung teilgenommen habe. Er könne sich lediglich vorstellen, dass Minister Laschet die Zahlen, die er für eine Ergänzungsvorlage habe vortragen wollen, schon heute angekündigt habe. Natürlich bleibe man im geordneten Verfahren. – **MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI)** ergänzt, Minister Laschet habe heute Morgen in der Sitzung des Frauenausschusses Hinweise und Informationen über redaktionelle Versehen auf der entsprechenden Erläuterungsseite des Haushaltsplanentwurfs gegeben. Änderungen in den Ansätzen seien nicht erfolgt. – **Vorsitzende Anke Brunn** bittet darum, im Berichterstattergespräch zu klären, was denn nun richtig sei.

Gisela Walsken (SPD) merkt an, im Titel 633 62 – Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – sei der Ansatz auf 2.130.480 € und im Titel 686 62 – Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige – auf 1.082.320 € reduziert worden. Es handle sich um Änderungen im Dispositiv. Wenn es sich um redaktionelle Änderungen handelte, läge darin zumindest eine Verschiebung von Mittelansätzen. Im Übrigen wäre es gut, wenn man für solche Veränderungen weiterhin das Instrument der Ergänzungsvorlage wählte.

MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI) erklärt, die im Entwurf verzeichneten Mittel der Titelgruppe seien unverändert. Es sei in der besagten Ausschusssitzung auf ein redaktionelles Versehen hingewiesen worden; insofern sei es nicht notwendig, dieses mit einer Ergänzungsvorlage zu korrigieren.

Vorsitzende Anke Brunn meint, es wäre aber wichtig, dass die Informationen im Haushaltsplanentwurf bei allen Beteiligten so korrekt ankämen, dass man auch wisse, auf welcher Zahlenbasis gearbeitet werde.

MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI) ergänzt, die Information, die Minister Laschet heute Morgen gegeben habe, werde der Anlage zu seiner Einführungsrede zu entnehmen sei. Darin seien die redaktionellen Versehen genau beschrieben.

Kapitel 15 040: Kinder- und Jugendhilfe

Titelgruppe 61: Kinder- und Jugendförderplan

Gisela Walsken (SPD) möchte wissen, warum die Unterteile im Landesjugendplan erstmalig nicht mit den entsprechenden Beträgen ausgewiesen seien, und bittet darum, die Ausweisung in den Unterteilen heute beziehungsweise im Berichterstattergespräch zu erhalten.

Des Weiteren bitte Sie um Auskunft für die Art der Rechenoperation. So gebe es offensichtlich Sprechzettel für die Kollegen der die Regierung tragenden Fraktionen, wie sie mit den Ansätzen im Landesjugendplan zurzeit umgehen sollten. Darüber hinaus gebe es über das Thema auch erste intensive Debatten in der FDP-Fraktion, die wohl auch noch die große Regierungsfraktion erreichen würden. Im Übrigen sei zu hören, dass sich im Landesjugendplan reichlich Geld befinde, weil die Mittel in 2005 nicht ausgeschöpft worden seien. Sie bitte um Darstellung der diesbezüglichen Zahlen.

MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI) führt aus, das Mittelvolumen des Kinder- und Jugendförderplans liege unverändert bei rund 75,1 Millionen €, jedoch mit einer Änderung gegenüber dem Vorjahr: Während es bisher einen Landesjugendplan gegeben habe, der als freiwillige Information der Landesregierung als Beilage dem Haushalt beigefügt gewesen sei, gebe es seit dem 1. Januar 2006 eine gesetzliche Verpflichtung, einen Kinder- und Jugendförderplan für eine Legislaturperiode aufzustellen. Dieser Kinder- und Jugendförderplan befinde sich zurzeit in der Beratung und werde nächste Woche Dienstag abschließend im Kabinett beraten und unmittelbar vor der Einzelberatung in den Fachausschüssen dem Landtag zugestellt.

Die Beträge der Unterteile zum Kinder- und Jugendförderplan seien im Erläuterungsband zum Einzelplan 15, und zwar auf den Seiten 37 bis 39, abgedruckt.

Der tatsächliche Mittelabfluss und damit die Ist-Ausgaben des Jahres 2005 lägen bei nur knapp 70 Millionen €, was auf die Haushaltssperre vom letzten Sommer zurückzuführen sei.

Gisela Walsken (SPD) bewertet die letzte Aussage dahin gehend, dass wohl die Haushaltssperre der Grund dafür gewesen sei, dass die vorhandenen 75,1 Millionen € nur bis zu einem Umfang von lediglich knapp 70 Millionen € ausgeschöpft worden seien.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) hält diese Annahme für irrig, weil man ebenfalls die Zahlen von 2004 im Auge haben müsse, als nur 72 Millionen € abgeflossen seien; insofern könne dies nicht an der Haushaltssperre gelegen haben.

Gisela Walsken (SPD) entgegnet, die Zahlen von 2004 seien der SPD-Fraktion durchaus bekannt. Die damalige Regierung habe aufgrund der damaligen Antragslagen und der Debatte um die damalige Reduktion des Landesjugendplans eine Übertragbarkeit von 5 Millionen € möglich gemacht. Insofern sei dieser Betrag dem Ansatz hinzuzurechnen.

Interessant sei, dass das Kinder- und Jugendfördergesetz, wie man gerade höre, offensichtlich an anderer Stelle und nicht mit dem Ansatz von 96 Millionen € im Haushaltsentwurf umgesetzt werde.

Dass die Beträge zu den Unterteilen des Landesjugendplans lediglich im Erläuterungsband nachvollziehbar seien, halte sie für problematisch. Sie wolle weiter wissen, ob die dort vermerkten Zahlen die Beträge für 2006 seien. Im Übrigen sei ihr die Umstellung der Systematik an der Stelle noch nicht klar.

MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI) erläutert, da der Kinder- und Jugendförderplan für eine Legislaturperiode aufgestellt werde, könnten im Haushaltplanentwurf 2006 nicht die entsprechenden Zahlen eines jeden Haushaltsjahres einer Legislaturperiode eingesetzt werden, sondern nur die für den aktuellen Haushaltsplan.

Gisela Walsken (SPD) fragt zu der Reduzierung des Bereichs Kooperation Jugendhilfe/Schule in den Unterteilen und will wissen, welche Konzeption dem zugrunde liege und ob geplant sei, diese Förderung langfristig zugunsten von anderen Schwerpunkten im Landesjugendplan zu verändern oder ob das lediglich vor dem Hintergrund einer anstehenden Systemveränderung eine Momentanaufnahme für den Haushalt 2006 sei. – **MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI)** bittet darum, diese Frage im Berichterstattergespräch beantworten zu dürfen.

*(Sitzungsunterbrechung von 16:35 bis 17:10 Uhr –
Die Ausschussmitglieder haben Gelegenheit, an einer Veranstaltung
des BDKJ vor dem Rathaus – „Alternative Plenarsitzung“ – teilzunehmen.)*

Titelgruppe 80: Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder – GTK

Gisela Walsken (SPD) kommt auf den Elternbeitragsdefizitausgleich und auf den Einstieg in eine grundlegende Reform des Finanzierungssystems zum 01.08.2007 – Stichwort „Umstellung auf Kopfpauschale“ – zu sprechen und will wissen, wie dies zusammengeführt werde; denn der Elternbeitragsdefizitausgleich werde in 2006 begonnen und in den Folgejahren fortgeschrieben. Insofern wäre es interessant zu hören, wie man bei der Finanzierung des GTK weiter verfahren wolle. – **MR Karl-Heinz Kolenbrander**

(MGFFI) kann dazu momentan nichts sagen, da zurzeit am Referentenentwurf eines neuen GTK gearbeitet werde und noch keine weiteren Beratungen und Abstimmungen mit dem Finanzministerium erfolgt seien.

Gisela Walsken (SPD) will sodann zu dem Abbau von Hortplätzen und gleichsam der Einspeisung der Mittel in das System Ganztagsgrundschule wissen, wie hoch da die Beträge seien. – **MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI)** antwortet, dass für die Hortfinanzierung ein Betrag von 42 Millionen € für 2006 vorgesehen sei.

Kapitel 15 055: Familien- und Altenpflege

Titelgruppe 60: Förderung der Familienhilfe und Familienbildung

Vorsitzende Anke Brunn möchte zu der Kürzung bei den Erziehungsberatungsstellen wissen, in welcher Form diese umgesetzt werde; ansonsten ließe sich dies auch im Berichterstattegespräch klären. – Darum bittet **MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI)**.

Titelgruppe 82: Förderung von Familienzentren

Gisela Walsken (SPD) geht davon aus, dass die dort veranschlagte 1 Million € im Haushaltsentwurf und die 500.000 € aus dem Nachtragshaushalt nicht dafür gedacht seien, Familienzentren einzurichten, sondern sie zu begleiten. Daher interessiere sie, ob es an einer Stelle auch Mittel gebe, um die Familienzentren wirklich zu fördern. – **MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI)** antwortet, solche Mittel seien im Haushaltsentwurf 2006 nicht veranschlagt. Auf Seite 62 im Erläuterungsband sei die Verwendung der Mittel für die Familienzentren detailliert beschrieben.

Kapitel 15 060: Landesmaßnahmen für Zugewanderte

Titelgruppe 68: Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Integration Zugewanderter

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet um Erläuterung, wie sich die deutliche Mittelsteigerung von 3,187 Millionen € bei den Migrationsfachdiensten erkläre. – **MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI)** bemerkt, die Titelgruppen 64, 65 und 67 des Vorjahreshaushalts seien zu einer neuen Titelgruppe 68 zusammengefasst. Gegenüber der Vergleichszahl des Vorjahres in Höhe von 17,9 Millionen € bedeuteten die 14,2 Millionen € im Haushaltsplanentwurf 2006 einen Rückgang.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) möchte ferner wissen, warum bei den Maßnahmen zur Integrationsförderung von Neuzuwanderern eine Kürzung um 100.100 € auf 306.700 € vorgenommen worden sei. – **MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGFFI)** bittet, auch diese Detailfrage beim Berichterstattegespräch beantworten zu dürfen.

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Erläuterungsband Vorlage 14/257

Harald Schartau (SPD) merkt zunächst allgemein an, die Erläuterungen im Entwurf des Einzelplans 02 und im Erläuterungsband dazu höben sich negativ von den anderen Erläuterungen ab. Beide Unterlagen ließen die Leserinnen und Leser in vielen Bereichen im Dunkeln tappen. Dies erfordere sicherlich intensive Befragungen im Berichterstattungsgespräch und im Ausschuss.

Kapitel 02 010: Ministerpräsident

Titel 282 00: Sonstige Zuschüsse und Kostenbeiträge Dritter

Harald Schartau (SPD) möchte wissen, wie der Strichansatz gefüllt werden solle, auf den ja in vielen weiteren Titeln zurückgegriffen werde.

MR Heinz Feldkötter (StK) entgegnet, dieser Titel stehe nur in Beziehung zu Ausgaben der Titelgruppe 63, nicht zu weiteren Titeln. Bei der Ausbringung der Einnahmeposition sei davon ausgegangen worden, dass es möglicherweise Mittel aus der Wirtschaft oder jedenfalls von Dritten geben könnte. Nur unter dieser Voraussetzung wäre auch die Leistung von Ausgaben in Titelgruppe 63 denkbar.

Titel 541 10: Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung

Harald Schartau (SPD) fragt, welche konkreten Anlässe es gebe, den Ansatz in so erheblichem Umfang zu erhöhen.

Mit der Aufstockung von 1.660.500 € auf 1.200.000 € werde zum einen den gestiegenen Preisen im Gastronomiebereich Rechnung getragen, erläutert **MR Heinz Feldkötter (StK)**. Zum anderen sei 2006 mit zusätzlichem Repräsentationsaufwand zu rechnen, weil in Nordrhein-Westfalen mit den Spielen der Fußballweltmeisterschaft und den Weltreiterspielen in Aachen herausragende Ereignisse stattfänden.

Titelgruppe 60: Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen

Harald Schartau (SPD) fragt nach dem Grund für die Erhöhung des Ansatzes bei Titel 526 60 – Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge – um 328.500 €.

MR Heinz Feldkötter (StK) legt dar, in den Titel 526 60 seien 200.000 € aus dem Titel 531 10 – Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes – verlagert wor-

den. Hintergrund dafür sei die Entscheidung, die Ausgaben für Meinungsumfragen in Titelgruppe 60 zu konzentrieren.

Die weitere Aufstockung um 128.500 € erfolge deshalb, weil es für erforderlich gehalten werde, Sachverstand für spezifische Fragestellungen einkaufen zu können, die man in der Staatskanzlei oder in einem Ministerium nicht beantworten könne, da man sonst zu viel Fachpersonal vorhalten müsse. Ein Beispiel dafür seien Fragestellungen, die europaweite Ausschreibungen betreffen.

Des Weiteren dürfe er darauf hinweisen, dass Ausgabebetitel dieser Art von allen Landesregierungen vorgehalten würden. Eine solche Position habe es in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahrzehnten gegeben; auch die Bundesregierung verzichte nicht darauf. Die Landesregierung halte den Ansatz eigentlich für sehr zurückhaltend.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) zeigt sich verwundert darüber, dass der Sachverstand in der Staatskanzlei, obwohl sie 26 neue Stellen erhalten habe, immer noch nicht ausreiche, sodass sie zusätzlichen externen Sachverstand benötige. Das sei schon sehr erstaunlich, wenn man es mit den politischen Ankündigungen vergleiche.

Titelgruppe 70: Medien- und Informationstechnik

Harald Schartau (SPD) würde gerne den Grund für die erhebliche Erhöhung des Ansatzes bei Titel 547 70 – Aufwendungen für Leistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik – erfahren.

Titelgruppe 99: Fahrdienst der Landesregierung

Warum die Personalkosten – Titel 422 99 – so erheblich anstiegen, möchte **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** wissen. – **LMR Horst Schneider (StK)** antwortet, im Zusammenhang mit der Erstellung einer Kosten-Leistungs-Rechnung und der Budgetierung des Fahrdienstes habe sich die Notwendigkeit ergeben, einige Stellen aus dem allgemeinen Ministerialkapitel in die Titelgruppe 99 – Fahrdienst der Landesregierung – zu übertragen. Es handele sich also nicht um einen Mehraufwand, sondern ausschließlich um Stellenverlagerungen.

Mit dem Fahrdienst werde sich die Arbeitsgruppe Haushaltsrecht in der nächsten Woche befassen, bemerkt **Vorsitzende Anke Brunn**.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) hätte weiter gerne gewusst, warum der Ansatz bei Titel 518 99 – Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume – um 494.900 € ansteige. – Dem liege auch der Sachverhalt zugrunde, dass im Zuge der Budgetierung die Kosten für den Fahrdienst in Titelgruppe 99 zusammengefasst werden müssten, legt **MR Heinz Feldkötter (StK)** dar. In den Erläuterungen zu diesem Titel sei ausgewiesen, dass die Mieten für das Dienstgebäude in der Färberstraße in

Düsseldorf in den Vorjahren teilweise in Kapitel 02 010 Titel 518 04 und Kapitel 02 020 Titel 518 01 und 518 02 veranschlagt gewesen seien.

Kapitel 020 020: Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 63: Förderung des Ehrenamtes

Harald Schartau (SPD) stellt fest, bei Titel 547 63 – Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements – erfolge eine Kürzung um 391.200 €. Auch wenn 300.000 € für die Versicherungen in den Einzelplan 15 übergegangen seien, bleibe eine erhebliche Reduzierung. Er wüsste gerne was dahinter stecke.

Auch die Staatskanzlei nehme den Sparauftrag ernst und habe deshalb die Transferausgaben um 20 % gekürzt, antwortet **MR Heinz Feldkötter (StK)**. Lediglich für drei Bereiche, nämlich die Zuschüsse an die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, an die Stiftung Entwicklung und Frieden und – im Kapitel 02 030 – an die Europa-Union Nordrhein-Westfalen, sei entschieden worden, das Sparvolumen auf einen Zeitraum von vier Jahren zu strecken und die Ansätze kontinuierlich um je 5 % abzusenken. Bei Titel 547 63 erfolge also die Kürzung um 91.200 €, um dem allgemeinen Sparziel zu folgen.

Kapitel 02 030: Europa- und internationale Angelegenheiten

Titel 427 00: Kosten für die Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte

Harald Schartau (SPD) möchte wissen, ob es für die Verdoppelung des Ansatzes von rund 25.000 auf 50.000 € besondere Gründe gebe.

MR Heinz Feldkötter (StK) verweist auf die Istaussgaben des Jahres 2004, die bei 82.000 € gelegen hätten; dem Betrag nähere sich der Ansatz für 2006 nur an. Im Titel 429 00 seien die Ausgaben für Auftragsverhältnisse zu verbuchen, die man als Dienstleistungsverhältnisse – im Gegensatz zu Werkverträgen – bezeichnen könne. Obwohl gegenseitige Deckungsfähigkeit mit den übrigen Ausgaben des Kapitels bestehe, solle entsprechend dem Grundsatz der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit der Titel 427 00 in der erwarteten Höhe mit 50.000 € dotiert werden.

Titel 534 10: Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes

Rüdiger Sagel (GRÜNE) stellt fest, bei diesem Titel solle eine Kürzung um 313.400 € auf 456.600 €, also um 40 %, erfolgen. Ihn interessiere, ob überhaupt noch eine erfolgreiche Förderung der internationalen Zusammenarbeit möglich sei, wenn der Ansatz so

massiv reduziert werde, und wie hoch eigentlich die Istaussgaben des Jahres 2005 gewesen seien.

Mit den verbleibenden Mitteln könne eine sinnvolle Arbeit geleistet werden, versichert **MR Heinz Feldkötter (StK)**. Es müsse nun einmal überall dort, wo es möglich sei, gespart werden, und dies sei ein disponibler Ansatz. Man gehe davon aus, dass die Staatskanzlei die zur internationalen Vertretung benötigten Ausgaben mit dem verbleibenden Ansatz finanzieren könne. Die Istaussgaben 2005 hätten 423.644 € betragen.

Titel 632 00: Anteil des Landes an den Kosten des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union

Hinsichtlich des hier ausgebrachten Ansatzes geht **Harald Schartau (SPD)** davon aus, dass es sich um eine feste Größe handle, die sich nach dem Königsteiner Schlüssel errechne. Er frage sich deshalb, warum dort folgender Haushaltsvermerk ausgebracht sei: „Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 687 00 überschritten werden.“

Die Annahme, dass es sich um einen festen Betrag handle, sei nur bedingt richtig, erwidert **MR Heinz Feldkötter (StK)**. Die Ausgaben des Länderbeobachters würden vom federführenden Land Baden-Württemberg auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes, der sich jedes Jahr etwas anders darstelle, auf die Länder verteilt. Um diese Unwägbarkeit aufzufangen, werde die einseitige Deckungsfähigkeit mit Titel 687 00 hergestellt.

Titel 686 10: Zuschüsse für Projekte im Inland

Zu der Ansatzkürzung um 60 % möchte **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** wissen, ob Partnerschaften mit anderen Ländern davon betroffen seien. – **MR Heinz Feldkötter (StK)** stellt klar, dass es hier nur um Projekte im Inland gehe. Die Höhe der Ausgaben hänge davon ab, welche Zuschussanträge an die Staatskanzlei herangetragen würden; im Vorfeld könne man dazu nichts sagen. Für eine Bewilligung müssten im Übrigen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden; ein Projekt müsse selbstverständlich dem Interesse des Landes dienen.

Titel 687 00: Zuschüsse für Projekte im Ausland

Rüdiger Sagel (GRÜNE) schließt die Frage an, warum der Ansatz ebenfalls um 60 % auf 280.000 € gekürzt werde, und erkundigt sich nach dem Ist des Jahres 2005. – Auch hier gilt nach Angaben von **MR Heinz Feldkötter (StK)**, dass bei disponiblen Ansätzen gekürzt werden müsse. Der Ausgabebedarf werde auf das Maß zurückgeführt, das die Landesregierung noch für vertretbar halte. Das Ist des Jahres 2005 betrage 119.225 €.

Kapitel 02 050: Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen

Titel 684 11 bis 684 15:

Zuschüsse an die Kirchen und die jüdischen Kultusgemeinden

Warum die Ansätze bei diesen Titeln im Gegensatz zu fast allen anderen Bereichen erhöht worden seien, möchte **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** wissen.

MR Heinz Feldkötter (StK) erläutert, die Zuschüsse an die Kirchen und die jüdischen Kultusgemeinden unterlägen besonderen rechtlichen Voraussetzungen. Grundlage sei auch die Besoldungssituation, die auf die Zuschüsse an die Kirchen durchschlage.

Hinsichtlich der jüdischen Kultusgemeinden gebe es Bestrebungen, den Staatsvertrag mit dem Ziel einer Erhöhung des Zuschusses um 2 Millionen € zu ändern. Hintergrund dafür sei die vermehrte Zuwanderung; die jüdischen Gemeinden hätten Probleme, die damit zusammenhängenden Aufgaben zu erfüllen. Die Bitte dazu sei von Herrn Paul Spiegel ausgegangen.

Die Zusatzfrage von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, ob das mit erhöhten Sicherheitsanforderungen zu tun habe, verneint **MR Heinz Feldkötter (StK)**.

Titel 684 17: Zuschüsse für die Durchführung des Weltjugendtages

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fragt weiter, warum hier für 2006 noch ein Zuschuss von einer Million Euro ausgebracht werde. Der Weltjugendtag habe doch bereits stattgefunden.

Es seien noch nachlaufende Ausgaben zu finanzieren, entgegnet **MR Heinz Feldkötter (StK)**. Der Zuwendungsbescheid habe von vornherein Zuwendungen für die Jahre 2005 und 2006 vorgesehen, und zwar im Hinblick auf die von der Weltjugendtags-GmbH angegebenen Kassenfälligkeiten. Es hätte keinen Sinn gemacht, den gesamten Zuschuss bereits 2005 auszuzahlen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet schriftlich darzulegen, wofür diese eine Million Euro im Jahre 2006 ausgegeben werde.

Kapitel 02 060: Landesarchiv, Archivwesen

Rüdiger Sagel (GRÜNE) hat der Seite 88 des Haushaltsentwurfs entnommen, dass sechs Stellen für Auszubildende wegfallen sollten, und fragt, wie das mit der Ausbildungsverpflichtung des Landes für Jugendliche zu vereinbaren sei.

MR Heinz Feldkötter (StK) teilt dazu mit, im Produkthaushalt des Landesarchivs seien auf der Seite 88 des Haushaltsentwurfs unter der Bezeichnung „Auszubildende“ die

Stellen für Referendare, Inspektorenanwärter und Auszubildende zusammengefasst. Die Zahl der Stellen für Azubis bleibe mit sieben unverändert. Die für 2006 ausgewiesenen insgesamt zwölf Stellen deckten den Bedarf des Landesarchivs.

Kapitel 02 062: Kulturförderung

Rüdiger Sagel (GRÜNE) merkt an, die Erhöhung der Gesamtausgaben dieses Kapitels um 34,7 Millionen € – das sei eine Steigerung um 48 % – sei ja wohl politisch motiviert.

MR Heinz Feldkötter (StK) bestätigt, es gebe die politische Schwerpunktsetzung, die Ausgaben für Kulturförderung in dieser Legislaturperiode zu verdoppeln. In einer ersten Stufe erfolge im Haushaltsjahr 2006 ein Aufwuchs um rund 13 Millionen €. In Höhe von rund 21,8 Millionen € sei die Steigerung der Ausgaben in diesem Kapitel aber darauf zurückzuführen, dass Kulturfördermittel aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz in das Kapitel 02 062 verlagert worden seien.

Kapitel 02 110: Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Titel 422 01 ff.: Personalausgaben

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fragt nach dem Grund für die Verdoppelung der Planstellen des höheren Dienstes von drei auf sechs bei Titel 422 01, was zu einem Mehraufwand von 436.700 € führe.

MR Heinz Feldkötter (StK) legt dar, die Erhöhung des Ansatzes sei zum Teil auf eine notwendige Anpassung des Budgets zurückzuführen, weil die tatsächlich zu leistenden Auslandsbezüge, die unter anderem vom Familienstand des entsandten abhingen, höher seien als erwartet. Der andere Teil des Mehraufwandes sei in der Tat durch den Stellenaufwuchs bedingt.

LMR Horst Schneider (StK) erläutert dazu, eine zusätzliche Stelle sei darauf zurückzuführen, dass für den neuen beziehungsweise den ehemaligen Leiter der Dienststelle eine zusätzliche Planstelle habe eingerichtet werden müssen. Zwei Planstellen des höheren Dienstes seien im Bereich der Verwaltung hinzugekommen, wobei es sich in einem Fall um eine Hebung aus dem gehobenen Dienst handele.

Zu der weiteren Frage von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, für welche Aufgaben denn die zusätzliche Stelle des mittleren Dienstes benötigt werde, die laut Titel 429 00 – Vergütungen und Löhne der Angestellten – geschaffen werde, teilt **LMR Horst Schneider (StK)** mit, es solle eine Stelle des mittleren Dienstes für einen IT-Fachmann eingerichtet werden, weil der Support allein von der Staatskanzlei nicht mehr geleistet werden könne.

Kapitel 02 200: Medien und Telekommunikation

Titelgruppe 61: Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur

Harald Schartau (SPD) stellt fest, die Zuschüsse an die Filmstiftung – Titel 682 61 – sollten um 2,4 Millionen € sinken. Da die Filmstiftung von mehreren Gesellschaftern mit festgelegten Anteilen getragen werde, wüsste er gerne, ob das Land seinen Beitrag absenken könne, ohne in Absprache mit den anderen Gesellschaftern eine gemeinsame Aktion zu beschließen.

Die Absenkung des Haushaltsansatzes bei Titel 682 61 folgt nach Aussage von **MR Heinz Feldkötter (StK)** der allgemeinen Linie, bei Transferausgaben 20 % zu kürzen. Eine Verknüpfung zwischen den Gesellschafteranteilen und den Zuschüssen die Filmstiftung gebe es nicht. Es gebe auch keine Hinweise darauf, dass andere Gesellschafter der Filmstiftung ihre Zuschüsse ebenfalls zurückführten.

Eine solche Verknüpfung bestehe wohl zu dem Ansatz des Titels 546 61: Geschäftsbesorgungen durch die Filmstiftung. Hier gehe es um die Finanzierung des Wirtschaftsplans der Filmstiftung, die nach Gesellschafteranteilen erfolge. Die Ansatzreduzierung in diesem Titel sei darauf zurückzuführen, dass die Landesanstalt für Medien 5 % der Gesellschafteranteile des Landes übernommen habe und dementsprechend auch zur Finanzierung der Filmstiftung beitrage; das Land werde insoweit entlastet.

Harald Schartau (SPD) zitiert die folgende Aussage auf Seite 68 des Erläuterungsbandes Vorlage 14/254:

„Mit Hilfe der Filmstiftung NRW ist es gelungen, NRW zu einem der führenden europäischen Film- und Fernsehproduktionsstandorte zu entwickeln.“

Er wüsste gerne, ob die Landesregierung glaube, diese Position nach der 20-prozentigen Kürzung der Zuschüsse aufrechterhalten zu können.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) erinnert sich aus seiner Zeit in der Opposition, solche Aussagen der früheren Landesregierung des Öfteren gelesen zu haben, auch wenn Kürzungen vorgenommen worden seien. – Natürlich sei die Filmstiftung für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen wichtig. Er gehe davon aus, dass es der Staatskanzlei in verschiedenen Gesprächen gelungen sei, eine Lösung herbeizuführen, bei der alle Beteiligten meinten, dass trotz dieser Kürzung der hohe Anspruch aufrechterhalten werden könne.

Harald Schartau (SPD) äußert abschließend die Bitte, zum Berichterstattegespräch über den Einzelplan 02 alle Ansätze, in denen es um **Gutachten, Sachverständige und Ähnliches** gehe, aufzulisten, um einen Überblick über die zusätzlichen Ausgaben in diesem Bereich zu bekommen. – **MR Heinz Feldkötter (StK)** sagt dies zu.

Einzelplan 12: Finanzministerium

Erläuterungsband Vorlage 14/235

StS Angelika Marienfeld (FM) gibt zu dem Einzelplan 12 folgende Einführung:

Zunächst möchte ich Ihnen nach bewährter Tradition einen allgemeinen Überblick über den Entwurf des Einzelplans 12 für das Jahr 2006 sowie über einige Kenndaten daraus verschaffen.

Die Gesamteinnahmen des Einzelplans 12 betragen im Haushaltsjahr 2006 807,4 Millionen €. Damit steigen die Einnahmen gegenüber dem Haushaltsjahr 2005 um 10,6 Millionen € oder um plus 1,3%. Die Steigerungen ergeben sich insbesondere durch die Anpassung der Verwaltungseinnahmen der Oberfinanzdirektionen und der Finanzämter – das sind u. a. Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten, Verspätungszuschläge und Säumniszuschläge – an die voraussichtliche Ist-Entwicklung sowie durch die erhöhten Darlehenstilgungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW.

Das Ausgabevolumen des Einzelplans 12 reduziert sich 2006 um 607 Millionen € oder um minus 25,6 % auf 1,76 Milliarden €. Die Minderung basiert im Wesentlichen darauf, dass Einmaleffekte des Haushaltsjahres 2005 wie zum Beispiel die Eigenkapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW nicht fortgeschrieben werden.

Im Einzelnen verändern sich die Ausgabenbereiche wie folgt:

Die Personalausgaben, die rund 82,7 % der Gesamtausgaben des Einzelplans ausmachen, werden um 1,3 Milliarden € auf insgesamt 1,46 Milliarden € sinken. Dies entspricht einem Rückgang um 0,9%. Die Ansätze bei den sächlichen Verwaltungsausgaben sinken um 2,6 % auf 229,3 Millionen €. Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke werden um 0,3 Millionen € auf 8,3 Millionen € erhöht. Die Investitionsausgaben sinken um 612 Millionen € aufgrund der Kapitalzuführung an den BLB im Vorjahr auf 64,7 Millionen €. Durch den Wegfall globaler Minderausgaben der Hauptgruppe 9 ergibt sich bei den besonderen Finanzierungsausgaben ein Ansatz von 2,8 Millionen €. Somit behält der Einzelplan 12 auch im kommenden Haushaltsjahr seine Struktur als Verwaltungshaushalt.

Nach Darstellung der Eckdaten möchte ich nunmehr auf einige wesentliche Aspekte des Einzelplans 12 eingehen. Ich beginne mit dem Personalhaushalt des Einzelplans 12.

Der Stellenbestand des Einzelplans 12 sinkt weiter um 1.062 Stellen auf nunmehr 30.265 Stellen. Die Stellenreduzierungen sind vornehmlich auf die Realisierung von kw-Vermerken zurückzuführen. In der Vergangenheit hat das Finanzministerium gegenüber dem Landtag stets seine Absicht bekräftigt, den geforderten Personalabbau im Geschäftsbereich des Finanzministeriums sukzessive zu erbringen.

Durch einen kontinuierlichen Stellenabbau im Beamten- und Tarifbereich ist es bis Ende 2005 gelungen, annähernd alle fälligen kw-Vermerke des Einzelplans 12,

insbesondere im Kapitel 12 050 – Oberfinanzdirektionen und Finanzämter – zu erfüllen. Mit dem Haushalt 2006 werden weitere 274 Planstellen/Stellen aufgrund der von der Landesregierung beschlossenen 1,5-prozentigen allgemeinen Stellenkürzung kw-gestellt. Diese kw-Vermerke sollen in den nächsten fünf Jahren sukzessive in allen Bereichen des Einzelplans 12 mit Ausnahme der Fachbereiche der Steuerverwaltung realisiert werden.

Der vorgesehene weitere Personalabbau – insbesondere kw-Vermerke aus der Arbeitszeitverlängerung – erfolgt in der Steuerverwaltung wie in der Vergangenheit über abgesenkte Einstellungszahlen bei den Beamtenanwärtern und Beamtenanwärterinnen. Die vorgesehene Einstellungszahl für die Beamtenanwärter des gehobenen Dienstes beträgt 350. Im mittleren Dienst sind weiterhin keine Einstellungen vorgesehen.

Ich komme zum nächsten Punkt, der Neuordnung der Oberfinanzdirektionen in Nordrhein-Westfalen.

Im Rahmen der Überlegungen zum Bürokratieabbau hat sich die Finanzverwaltung im Interesse eines schlanken Verwaltungsaufbaus mit nur wenigen Hierarchieebenen entschlossen, die Mittelinstanz neu zu strukturieren. Im Hinblick auf die Größe des Landes, die unterschiedliche Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur und die Zahl der zu betreuenden Finanzämter ist es sinnvoll, in NRW grundsätzlich an zwei Oberfinanzdirektionen festzuhalten. Die bisherigen Standorte der Oberfinanzdirektion Düsseldorf werden aber an einem Standort, und zwar in Köln, zur Oberfinanzdirektion Rheinland zusammengeführt.

Die organisatorische Umsetzung der Zusammenführung hat bereits begonnen. Bis zur endgültigen Abwicklung der Umzüge ist die räumliche Unterbringung von Beschäftigten im Dienstgebäude in Düsseldorf für einen Übergangszeitraum noch möglich. Von dieser Maßnahme verspreche ich mir Synergieeffekte im Personalbereich sowie langfristige Einsparungen von Verwaltungsausgaben. Die gesamte Maßnahme soll spätestens bis Ende 2008 abgewickelt sein. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass wir diesen Zeitraum nicht ausgeschöpft werden.

Nun möchte ich noch einige Punkte ansprechen, mit denen wir zum Teil in der Vergangenheit bereits begonnen haben und an denen die Steuerverwaltung auch in Zukunft weiterarbeiten wird:

Der erste Punkt betrifft das Risikomanagement. Es gehe auch darum, Steuerrechtsänderungen und die von der Verwaltung zu erbringenden kw-Vermerke für die Finanzämter, die auch vor große Herausforderungen stehen, erträglich zu machen. Die nordrhein-westfälische Steuerverwaltung stellt sich diesen Problemen. Das Stichwort in diesem Zusammenhang heißt „Risikomanagement“. Das Risikomanagement ist die zielgerichtete Steuerung der Personalressourcen. Der Personaleinsatz wird dorthin gelenkt, wo er die größte Effizienz entfaltet. Das bedeutet, dass die Beschäftigten der Dienststellen ihre Arbeit konsequent auf die risikobehafteten und schwierigen Steuerfälle konzentrieren. Diese Fälle werden intensiv und umfassend geprüft und bearbeitet, denn bei ihnen liegt das größte fiskalische Potenzial.

„Kleinere“ und einfach gelagerte Steuerfälle werden hingegen ohne viel Bürokratie, schnell, zeitnah und ohne großen Aufwand erledigt. Natürlich behalten die Finanzämter auch diese Fälle im Griff. Hierfür sorgen insbesondere angemessene Stichproben nach einem Zufallsprinzip, maschinelle Plausibilitätsprüfungen und eine Vollprüfung des Steuerfalls in regelmäßigen Abständen zum Beispiel alle vier Jahre.

Mit Hilfe des Risikomanagements wird es den Finanzämtern – trotz der genannten schwierigen Rahmenbedingungen – auch in Zukunft gelingen, weiterhin eine hohe Bearbeitungsqualität, einen umfassenden Vollzug der Steuergesetze und einen bürgernahen Service bieten zu können.

Eine große Anzahl von Einkommensteuererklärungen hat einen steuerrechtlich relativ „einfachen“ Erklärungsinhalt. Um den Service für die Steuerbürger zu verbessern und den Steuerpflichtigen auch die Erstellung der Erklärung zu erleichtern, hat die Finanzverwaltung NRW einen vereinfachten Einkommensteuererklärungsvordruck für Arbeitnehmer entwickelt.

Nachdem diese „Vereinfachte Steuererklärung“ in den letzten beiden Jahren erfolgreich in NRW getestet worden war und sich die beteiligten Steuerbürger in rund 95 % ihrer Kundenfragebögen für eine Beibehaltung der kurzen Vordrucke ausgesprochen haben, ist der vereinfachte Einkommensteuererklärungsvordruck ab dem Veranlagungszeitraum 2005 in die offiziellen Bundes-Steuerdrucke aufgenommen worden und wird von allen Bundesländern für ihre Steuerbürger angeboten.

Ich komme dann zu dem Thema KONSENS vormals FISCUS. Sie wissen, alle Länder streben gemeinsam eine länderübergreifende einheitliche Software für das Besteuerungsverfahren an.

Dies geschah bis Mitte des Jahres 2004 im Rahmen des Projektes FISCUS. Leider brachten FISCUS und die im Rahmen dieses Projektes gegründete fiscus GmbH nicht die gewünschten Ergebnisse. Die Ursachen hierfür waren vielfältig. Zu nennen sind insbesondere das nicht ausreichende steuerfachliche Know-how der fiscus GmbH, die uneffizienten Entscheidungsstrukturen aufseiten der Verwaltung und der Umstand, dass sich insgesamt nur 9 der 16 Bundesländer aktiv an dem Projekt beteiligten.

Die Zusammenarbeit der Länder und des Bundes ist optimiert und neu strukturiert worden. Sie hat die Bezeichnung KONSENS erhalten. Die Abkürzung steht für „koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung“.

Die wesentlichen Vorteile von KONSENS im Vergleich zu FISCUS sind:

- Gestraffte Entscheidungsstrukturen.
- Die Steuerung der Informationstechnik wird alleine von den Ländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen verantwortet.

- Durchführung der Projekte bei jeweils einem Land. Das heißt, dass die Verantwortung für das einzelne IT-Verfahren – einschließlich der Erarbeitung der Fachkonzepte – nur noch in der Hand eines Landes liegt.
- Effiziente Controlling-Instrumente. Ein IT- und Finanzcontrolling wird eingerichtet, das eine gezielte Steuerung des Projekts, eine umfassende Mittelabflusskontrolle und eine jeweils aktuelle Statusbestimmung der einzelnen IT-Vorhaben in terminlicher und qualitativer Hinsicht sichert.

Die Grundlagen für die Zusammenarbeit im Projekt KONSENS sollen durch ein zwischen allen Ländern und dem Bund abzuschließendes Verwaltungsabkommen festgeschrieben werden. Es soll das Ende 2006 auslaufende Verwaltungsabkommen zu FISCUS ablösen.

Auch wenn fünf Ländern die Steuerung der IT-Unterstützung bei der Besteuerung obliegt, sind es im Wesentlichen zwei Länder, die die Hauptlast tragen. Es sind dies Bayern, aufgrund seiner Rolle in bisherigen Software-Entwicklungsverbänden und Nordrhein-Westfalen, aufgrund seiner Größe und technischen Kompetenz.

Schließlich noch zum Projekt EPOS.NRW: Es steht für „Einführung von Produkthaushalten zur outputorientierten Steuerung – Neues Rechnungswesen“. Mit diesem Projekt verfolgt das Land Nordrhein-Westfalen das Ziel, eine Reform des Haushalts- und Rechnungswesens als zentralem Element der gesamten Verwaltungsmodernisierung umzusetzen, die von allen im Landtag vertretenen Fraktionen unterstützt wird.

In Zukunft wird eine feste Korrelation zwischen dem Ressourcenverbrauch und den dafür zu erwartenden Leistungen hergestellt, sodass der Haushaltsgesetzgeber nicht mehr wie bisher über zahlreiche Positionen des Mitteleinsatzes ohne hinreichende Kenntnis des daraus erwachsenden Leistungsverhaltens entscheiden muss.

Kapitel 12 010: Ministerium

Titel 526 20: Untersuchungen (Gutachten) insbesondere zu haushaltswirtschaftlichen, finanzwissenschaftlichen und organisationswissenschaftlichen Fragen

Gisela Walsken (SPD) meint, die Mittel würden von 1,5 Millionen € auf 2,4 Millionen € aufgestockt. Neben den Erläuterungen im Entwurf heiße es im Erläuterungsband, dass diese zusätzliche Mittel für die Umsetzung der Ergebnisse Hartmann-Kommission gedacht seien. Sie wolle wissen, was nun damit finanziert werde und ob man da noch ein weiteres Gutachten benötige.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) bedauert nicht sagen zu können, welche einzelnen Gutachten sich dahinter verbürgen. Ein wesentlicher Punkt sei aber die Einrichtung eines Personaleinsatzmanagements.

StS Angelika Marienfeld (FM) ergänzt, bei der Umsetzung der Ergebnisse der Hartmann-Kommission brauche man kein neues Gutachten, sondern es liefen bereits zwei Ausschreibungen. Eine davon beziehe sich auf ein Projektbüro, das im Ministerium eingerichtet werde und wo der ganze Prozess bezüglich der Ergebnisse der Hartmann-Kommission gesteuert werde. Man gehe davon aus, dass das Auswahlverfahren innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen abgeschlossen sein werde und dann mit dem Aufbau des Projektbüros begonnen werden könne.

Die andere Ausschreibung beziehe sich auf das sogenannte Personaleinsatzmanagement. Nach dem Ausschreibungsschluss befinde man sich momentan in der Vorauswahl, welche Unternehmensberatungsgesellschaften man zur Präsentation einladen werde. Sie gehe davon aus, dass man bei diesem Prozess bis Ostern weitergekommen sei, um dann zu schauen, wie schnell dieses Personaleinsatzmanagement aufgebaut werden könne.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fragt nach den Kosten der Gutachten. – **MDgt Dr. Günter Berg (FM)** kann diese nicht beziffern, da man im Vorhinein nicht wisse, wie viel ein Gutachten beziehungsweise eine Stellungnahme koste. – **StS Angelika Marienfeld (FM)** ergänzt, erst wenn man Klarheit über die Angebote habe, könne man dies näher wissen.

Kapitel 12 020: Allgemeine Bewilligungen

Titel 549 10: Globale Minderausgabe bei den sächlichen Verwaltungsausgaben des Einzelplans 12

Gisela Walsken (SPD) verweist auf die globale Minderausgabe bei den sächlichen Verwaltungsausgaben des Einzelplans. Diese habe 7,8 Millionen € in 2005 betragen und sei nun mit 15,2 Millionen € fast verdoppelt worden. Wenn man sich die gesamten sächlichen Verwaltungsausgaben von rund 230 Millionen € anschau und die Beträge für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, Mieten und Mächten von etwa 100 Millionen € abziehe, bliebe als Summe für die globale Minderausgabe ein Anteil von stolzen 15 %. Sie frage, ob schon darüber nachgedacht worden sei, wie die Finanzverwaltung das angesichts der Situation in den Finanzämtern verkraften solle.

MDgt Axel Spies (FM) äußert, dass man am Anfang eines Planungszeitraums noch nicht exakt sagen könne, wie man die globale Minderausgabe verteilen werde. Man sei optimistisch, dass man es wie in der Vergangenheit auch durch die sparsame Haushaltsführung, die dem Finanzressort insgesamt zu Eigen sei, wieder hinbekommen werde.

Titel 613 00: Belastungsausgleich für die Mitwirkung der Zulassungsbehörden bei der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer

Gisela Walsken (SPD) merkt hierzu an, der Landtag habe seinerzeit eine Initiative gestartet, das Verfahren bei der Kraftfahrzeugsteuer zu ändern. Vor einer Zulassung sei eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des örtlichen Finanzamtes erforderlich. Hier seien nun Mehrausgaben etatisiert, und sie wolle gerne wissen, wofür. Offensichtlich sei das ein Belastungsausgleich an die Kommunen, obwohl nach Einschätzung ihrer Fraktion den Kommunen kein zusätzlicher Aufwand entstanden sei.

MDgt Axel Spies (FM) antwortet, die Erstattung der Aufwendungen der Kommunen für die Kraftfahrzeugsteuererhebung beziehungsweise -verwaltung hänge damit zusammen, dass man sich im Rahmen der Konnexitätsvereinbarung mit den Kommunen darüber verständigt habe, dass die Kommunen einen Aufwand ersetzt bekämen, den sie dadurch hätten, dass sie einen Teil der Aufgaben übernähmen, die bisher die Finanzverwaltung erledigt habe. Sozusagen aus den Finanzämtern heraus sei ein Teil der Erhebungsproblematik in die Zulassungsstellen vorverlagert worden. Dadurch entstünden den Kommunen Aufwände, die vereinbarungsgemäß durch das Land gedeckt würden.

Gisela Walsken (SPD) hakt nach, ob das auch die Beitreibung von Kfz-Steuer betreffe. – **MDgt Axel Spies (FM)** erklärt, das betreffe nicht die Beitreibung, sondern vielmehr die Verhinderung der vielen kleinen Beitreibungen durch die Einführung des Lastschrift-einzugsverfahrens, an dem Kommunen und Land zusammen arbeiteten.

Vorsitzende Anke Brunn erinnert daran, dass nach langer Diskussion am Ende der Kompromiss zugunsten der Kommunen erzielt worden sei, dass diese etwas erstattet bekämen. Insofern sei vielleicht eher interessant, nach welchen Kriterien die Kommunen Erstattungen erhielten. – **MDgt Axel Spies (FM)** antwortet, es handele sich hier um einen ausgehandelten Betrag von 2 bis 3 €, der pro Fall bezahlt werde. – **Vorsitzende Anke Brunn** bittet darum, diesbezüglich eine Präzisierung im Berichterstattergespräch nachzutragen.

Titelgruppe 83: Koordination und Implementierung von Produkthaushalten und Kosten- und Leistungsrechnungen

Gisela Walsken (SPD) will wissen, wie viel in 2005 tatsächlich an dieser Stelle ausgegeben worden sei und ob man nicht mit dem Ansatz 2005 in Höhe von 8,9 Millionen € auskomme. In der Arbeitsgruppe ihrer Fraktion sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass es für die Implementierung von Produkthaushalten und KLR eine Gesamtsumme über die nächsten Jahre gebe. Sie interessiere, ob dieser Ansatz schon auf mehrere Jahre aufgeteilt sei oder ob die Summe am Ist orientiert sei.

MDgt Axel Spies (FM) führt dazu aus, die Kosten- und Leistungsrechnung sei ein Teil der neuen Steuerungsmodelle. Man wolle ja insgesamt zum Produkthaushalt, zur Dop-

pik übergehen. Davon sei die KLR ein Teilprojekt, mit dem man in der eigenen Verwaltung begonnen habe. In Pilotbehörden werde das erprobt und danach zum Beispiel im Landesamt für Besoldung und Versorgung oder in der Fortbildungsakademie flächendeckend umgesetzt. Der dargestellte Ansatz beschreibe sicherlich nicht den Endzustand. Auf die Frage nach dem Ist-Ansatz 2005 sei er nicht vorbereitet. – **Vorsitzende Anke Brunn** bittet darum, die Antwort im Berichterstattergespräch nachzuliefern.

Kapital 12 050: Oberfinanzdirektionen und Finanzämter

Titel 422 01: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten Richterinnen und Richter

Gisela Walsken (SPD) knüpft an das Thema der Änderung des Kfz-Zulassungsverfahrens an. In der Anhörung sei mehrfach erwähnt worden, dass ungefähr 100 Beschäftigte mit der Beitreibung der säumigen Kfz-Steuer befasst seien. In dem Titel würden 28 Planstellen oder Stellen des mittleren Dienstes kw-gestellt. Sie sehe da eine Differenz und würde gern erfahren, warum diese so groß sei.

MDgt Axel Spies (FM) bezeichnet es als richtig, dass man sich durch die Veränderung in der Kraftfahrzeugsteuerfestsetzung im Bereich der Beitreibung im Bagatellbereich auch erhoffe, sich von Arbeit zu befreien. Insofern drückten die 28 kw-Vermerke die Einschätzung aus, dass diese Beitreibung zwar nicht insgesamt zurückgehen werde, man aber mit dem dort zugrunde gelegten Personal in etwa bei dem liegen werde, was man sich da an Rationalisierungen erhoffe.

Gisela Walsken (SPD) fragt nach, ob dies so zu verstehen sei, dass im Laufe der Zeit noch weitere kw-Vermerke angebracht würden, oder ob die Zahl 28 der Endpunkt sei.

MDgt Axel Spies (FM) geht davon aus, dass man im Erhebungsbereich bei der Kraftfahrzeugsteuer einen tüchtigen Schritt vorangekommen sei, dass sich die Entwicklung auf dem Gebiet aber unter Umständen noch fortsetzen könnte.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) verweist auf den Erläuterungsband, wonach es bei den planmäßigen Beamten im mittleren Dienst ein Minus von 569 Planstellen gebe. Insgesamt sei das aber nur ein Minus von 371, weil es im gehobenen Dienst ein Plus von 181 Planstellen gegeben habe.

Nach ihm vorliegenden Informationen sei spätestens ab 2010 ein ziemlicher Engpass zu erwarten, was die Finanzämter und insbesondere den Außendienst angehe. Jetzt schon würden viele Unternehmen nur in sehr großen zeitlichen Abständen geprüft. Daher seine Frage, warum nicht mehr Leute eingestellt würden, wobei man dabei natürlich die gesamte Personalproblematik berücksichtigen müsse. Gerade durch diese Gruppe habe man eben auch mehr Einnahmen.

Er wolle zudem wissen, wie diesbezüglich die Personalentwicklung in den nächsten Jahren eingeschätzt werde. Kritische Stimmen gingen von einem sehr großen personellen Engpass aus. Insofern sollte da zum einen mehr ausgebildet und zum anderen mehr Personal eingestellt werden. Unabhängig davon bitte er noch um einen Personalentwicklungsplan, der die Praxis bis zum Ende der Legislaturperiode 2010 beschreibe. Er wolle wissen, ob da weiter zurückgefahren werde und ob schon konkrete Vorstellungen existierten.

MDgt Axel Spies (FM) geht zunächst auf das Stichwort Ausbildung ein. Für das Jahr 2006 habe man sich insgesamt 350 Anmeldungen vorgenommen. Die Finanzverwaltung bilde ihre Beschäftigten des gehobenen Dienstes über drei Jahre aus. Insofern befinde sich im Augenblick eine größere Zahl von Anwärtern in der Ausbildung für den gehobenen Dienst.

Ob man noch mehr ausbilden müsse, hänge von der Frage ab, wie groß der Ersatzbedarf sei. Wegen der Arbeitsverlängerung im Beamtenbereich gebe es noch eine Reihe von kw-Vermerken. Die Beschäftigten selbst seien natürlich noch an Bord und verrichteten ihre Arbeit. Das bedeute, dass die jetzigen Anwärterzahlen auch dazu dienen, zum geregelten Abbau der kw-Vermerke beschleunigt beizutragen. Man stelle also im Augenblick so viele Anwärter ein, wie unter Berücksichtigung der noch vorhandenen Beschäftigten gerechtfertigt erscheine, um dennoch die kw-Vermerke zu erfüllen.

Eine Einschätzung bis zum Ende der Legislaturperiode oder darüber hinaus sei naturgemäß recht schwierig, weil berücksichtigt werden müsse, dass die Steuerverwaltung vor dem Problem stehe, dass sie mit jährlich neuen Gesetzen zu tun habe. Gleichwohl hege man die Hoffnung und sei da guter Dinge, dass in den nächsten Jahren noch eine Reihe von Routinearbeiten automatisiert werden könnten. Des Weiteren müsse man abwarten, wie sich der steigende Bedarf an Außenprüfern und Außendienstlern entwickle. Im Augenblick steuere man die Zielzahl von 3.555 Betriebsprüfern und von 555 Umsatzsteuersonderprüfern an.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet um eine Einschätzung, ob das, was in dem Bereich an Personal ausgebildet beziehungsweise eingestellt werde, tatsächlich den Bedarf decke.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) antwortet, der Bedarf sei dadurch gedeckt. Im Übrigen sei der Bereich in Relation zu anderen Ländern sehr gut ausgestattet.

Titel 453 01: Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung

Gisela Walsken (SPD) spricht die Zusammenlegung der OFD-Standorte Düsseldorf/Köln an und will wissen, warum angesichts der dadurch zu erwartenden Mehrausgaben der Ansatz bei der Trennungsentschädigung in etwa halbiert worden sei.

MDgt Axel Spies (FM) geht insgesamt davon aus, dass man bei der Gesamtzahl der davon betroffenen Beschäftigten mit den veranschlagten Beträgen auskommen werde.

Kapitel 12 090: Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung

Titel 422 01: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

Gisela Walsken (SPD) verweist auf die deutliche Steigerung beim Personal von 117 Planstellen auf 136. Die Information, dass angesichts höherer Ausbildungskapazitäten vier Professoren notwendig geworden seien, sei im Ausschuss gegeben worden. Heute interessiere allerdings, warum das so viele neue Stellen mehr seien und warum nicht aus der Zusammenlegung der OFDs oder aus anderen Bereichen eine Umschichtung möglich sei.

Volkmar Klein (CDU) meint, es sollte ein großes Lob des Ausschusses wert sein, wie geräuschlos die Zusammenlegung der beiden OFD-Standorte im Rheinland gelaufen sei. Insofern sollte man sich über die hierdurch und auch durch den Umbruch bei der Kfz-Steuer gestiegene Effizienz erst einmal sehr freuen. Vielleicht könne dann ja noch die eine oder andere konkrete Frage beantwortet werden.

MDgt Axel Spies (FM) bedankt sich für das vom Abgeordneten Klein ausgedrückte Lob für die Verwaltungsarbeit, die damit verbunden sei, an zwei Standorten zwei fest verwurzelte Behörden zu einer Einheit zusammenzuschweißen, und das ausgerechnet noch zwischen Düsseldorfern und Kölnern. Insofern sei er guter Dinge, dass die Oberfinanzdirektion Rheinland den Service, der bisher von zwei Standorten aus geleistet worden sei und den auch die Wirtschaft anerkenne, vom Standort in Köln weiterhin unverändert wahrnehmen werde.

Die Frage, warum bei Kapitel 12 090 zusätzliche Stellen benötigt würden, hänge damit zusammen, dass man immer dann, wenn man zusätzliche Anwärter eingestellt habe, auch das entsprechende Lehrpersonal vorhalten müsse. In der Vergangenheit habe man sich auch schon mit Abordnungsstellen beholfen. Wenn man sozusagen die volle Dienstaufsicht über einen Beschäftigten haben wolle, seien diese Abordnungsstellen immer eine Crux, weil man zwei Dienstvorgesetzte habe, die sich um den einen Beamten oder Beschäftigten stritten. Von daher sei es sinnvoller, dass man in Zeiten, in denen die Finanzverwaltung nicht abgebaut werden, sondern in ihrem Bestand erhalten bleiben solle, auch für die Fachhochschule die Konsequenz ziehe und dort die entsprechende Zahl von Planstellen ausbringe.

Gisela Walsken (SPD) ist mit der Beantwortung bezüglich des höheren Ausbildungsbedarfes und der Einrichtung der entsprechenden Professorenstellen einverstanden. Sie frage sich aber bei den anderen Stellen, ob man so viel mehr Personal in den anderen Bereichen benötige, das man gegebenenfalls aus kw-Stellen oder anderen Operationen – Stichwort Zusammenlegung der OFDs – rekrutieren könne.

MDgt Axel Spies (FM) antwortet, es handele sich hier nicht um neue Planstellen in dem Sinne, dass sozusagen Beschäftigte von außen geholt würden. Diejenigen, die man als Dozenten an der Fachhochschule für Finanzen beschäftige, seien vorher Beschäftigte der Landesfinanzverwaltung gewesen. Man brauche eine steuerliche Ausbildung, und die Haushaltspläne der Vergangenheit zeigten, wie schwankend in dem Bereich gearbeitet worden sei. Bei sinkenden Anwärterzahlen sei man nämlich in den Anmeldungen für die Planstellen heruntergegangen. In den Jahren, in denen über längere Zeit hin wieder mehr Personal benötigt werde, müssten dann auch wieder Planstellen vorgehalten werden. Im Übrigen falle das Personal, das nach Nordkirchen geholt werde, nach ihrer Tätigkeit dort nicht ins Bergfreie, sondern es kehre, wenn es in Nordkirchen nicht mehr benötigt werde, zurück in die allgemeine Finanzverwaltung.

Gisela Walsken (SPD) wirft die Frage ein, warum die benötigten neuen Stellen nicht vorrangig aus kw-Bereichen besetzt würden, um dann den Effekt an einer anderen Stelle zu haben. Als Beispiel nenne sie die zusätzlichen Steueramtsräte und -rätinnen, bei denen sie sich vorstellen könne, dass man sie aus anderen kw-Bereichen im Sinne der Diskussion, wie man sie im Ausschuss immer einheitlich geführt habe, hole, um unter Umständen kw-Stellen auf diese Weise zu realisieren. Unabhängig davon, ob die neue Stelle in Nordkirchen anfalle oder in dem Bereich, wo man die Person herausziehe, sei das letztlich immer noch eine neue Stelle.

MDgt Axel Spies (FM) vermag momentan nicht konkret darauf zu antworten. Er habe seine Antwort auf das Lehrpersonal abgehoben und auf diejenigen, die als Beamte des höheren oder gehobenen Dienst dort Dienst verrichteten.

Vorsitzende Anke Brunn regt an, die Thematik im Berichterstattergespräch zu vertiefen. Es scheine im Ausschuss Interesse an der flexiblen Nutzung der Stellen zu bestehen, aber inwieweit die anfallenden Stellen dafür geeignet seien, bleibe die Frage.

Kapitel 12 100: Rechenzentrum der Finanzverwaltung

Titel 517 04: Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume

Gisela Walsken (SPD) spricht wie schon bei anderen Einzelplänen die auffällige Veränderung der Kosten für die Bewirtschaftung der vom BLB betreuten Grundstücke, Gebäude und Räume von 579.000 € auf 1,3 Millionen € an, während die Ausgaben für Mieten und Pachten hier unverändert geblieben seien. Sie würde gern wissen, ob die hohen Bewirtschaftungskosten oder etwas andere dahinter stecke.

MDgt Axel Spies (FM) vermag ohne nähere Unterlagen nichts zu sagen. – **Vorsitzende Anke Brunn** geht davon aus, dass das Thema sicherlich im Berichterstattergespräch eine Rolle spielen werde. Da es aber quer durch alle Haushalte ein Thema gewesen sei, wäre es insofern auch ganz zweckmäßig, seitens der Landesregierung dazu

eine Querschnittsdarstellung zu bekommen. Gegebenenfalls könnte auch der Gutachterdienst entsprechend tätig werden.

Kapitel 12 200: Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen Düsseldorf

Titel 422 01: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

Gisela Walsken (SPD) fällt auf, dass es beim Besoldungsamt keine Beteiligung an der 1,5-prozentigen Einsparung des Personals gebe, und will den Grund dafür hören.

MDgt Axel Spies (FM) zeigt sich davon überrascht, weil er davon ausgehe, dass das LBV als nicht der engeren Steuerverwaltung angehörende Teil des Ressorts an dem 1,5-prozentigen Stellenabbau selbstverständlich teilnehme.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) ergänzt, natürlich sei das Landesamt für Besoldung und Versorgung einbezogen, allerdings seien die 1,5 % wie in allen Einzelplänen zentral bei Kapitel 12 020 ausgewiesen, damit die Kürzung aufgrund ihrer Wirkungsbreite über den ganzen Einzelplan schnell realisiert werden könne.

Gisela Walsken (SPD) meint, auffällig sei nur, dass in Titel 422 01 eine Stellenerhöhung vermerkt sei. Wenn sie wie dargestellt gehandhabt werde, sei das kein Thema.

gez. Anke Brunn
Vorsitzende

gez. Bernd Krückel
Stellv. Vorsitzender

beh/28.03.2006/29.03.2006

196